

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 63

Dezember
IV/2013

DIE LINKE.



Kritik am Koalitionsvertrag auf dem Gebiet der Energiepolitik

Stromkosten der privaten Endverbraucher

Kampf um Land und um Saatgut

Bücherecke: Das Morgen tanzt im Heute und andere

Editorial

Die Redaktion

Vier Jahre Rollback oder zumindest Stillstand auf ökologischem Gebiet - das ist die Prognose nach der Bundestagswahl 2013.

Eine Suchanfrage im Internet nach ´„große Koalition“ und energiepolitik´ lieferte 325.285 Treffer – zum größten Teil kritische Bemerkungen. Selbst die ZEIT titelt „Energiewende ade“.

Die Zuständigkeit für Wirtschaft und Energiepolitik in einem Ministerium zusammenzufassen, *könnte* der Energiewende nützen – wenn denn die Prioritäten des Ministeriums den Notwendigkeiten entsprechen. Das Gegenteil ist der Fall. Auf der Webseite lesen wir:

„Langfristiges und stetiges Wirtschaftswachstum auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft - das ist die klare wirtschaftspolitische Leitlinie der Bundesregierung. Eine wachsende Wirtschaft sorgt für gesellschaftlichen Wohlstand und sichert Zukunftschancen. ... Eine bezahlbare, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ist die Grundlage von Wachstum und Beschäftigung. Das Ministerium begleitet den Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und unterstützt Maßnahmen, Ressourcen einzusparen.“¹

Diese Regierung ist offenbar nicht willens oder in der Lage, Erkenntnisse, wie die einer begrenzten Erde, verschärfter internationaler und nationaler sozialer Spaltung und Spannungen oder nahender Erschöpfung der Energieträger und Rohstoffe wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn, zu regieren. (Das Wort stammt aus dem Lateinischen und bedeutet richten bzw. lenken und im weiteren Sinne führen, leiten. - s. Wikipedia). Dem entsprechend fällt unsere energiepolitische Kritik des Koalitionsvertrages aus (ab Seite 4). Wie diese Politik die Energiepreise treibt, zeigt der Beitrag auf S.14. Unter den zu erwartenden Umständen werden umweltpolitische Verbesserungen nur durch Druck der Straße durchgesetzt werden können.

Das wird nicht leicht, denn die umweltpolitische Glaubwürdigkeit DER LINKEN hat durch

Oskar Lafontaines Auslassungen über die Zerstörung der Kulturlandschaft durch Windkraftanlagen gelitten. Dabei geht es nicht einmal um die Frage, ob sich Windkraftanlagen und Landschaftsästhetik widersprechen – über Geschmack lässt sich bekanntlich (nicht) streiten.



Er argumentiert wie die Vertreter des fossilatomaren Komplexes:

„Trotz des ungesteuerten Ausbaus hat die Windkraft 2012 einen Anteil von nur 1,3 Prozent der Primärenergie erbracht. Durch die Netzstruktur und den Kraftwerkspark führt der Zubau von Windkraftanlagen zu einem erhöhten CO₂-Ausstoß. Weil sich Gaskraftwerke nicht mehr rechnen, werden alte Braunkohlekraftwerke zugeschaltet. Aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erhöht jeder Zubau den Strompreis für die Verbraucher. ... Der Stopp des Ausbaus ist jetzt die richtige Antwort. Es ist doch pervers, wenn man, um die Umwelt zu schützen, den CO₂-Ausstoß steigert und die Landschaft zerstört.“

Jedes dieser Argumente wurde hinreichend widerlegt – auch das ist nicht das Problem. Doch wenn ein nicht ganz unbekannter Politiker DER LINKEN während massiver Angriffe auf die Energiewende die Argumente ihrer Gegner aufgreift und sich damit in Widerspruch zum Parteiprogramm stellt, dann ist das nicht nur ein Politikum, sondern schädlich für unsere umweltpolitischen Bemühungen.

¹ <http://www.bmwi.de/DE/themen.htm>

Arbeitsplan der Ökologischen Plattform für 2014

1. Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Plattform werden sich mit ihren Möglichkeiten für gute Ergebnisse für die LINKEN bei den 2014 anstehenden Wahlen (Europa, drei Landtage, Kommunalwahlen) einsetzen. Dazu werden sie die vorliegenden Materialien der Plattform (Broschüren, Tarantel-Ausgaben, Faltblätter) nutzen.
Bis zum Europawahl-Parteitag werden die ökologischen Positionen des Wahlprogramms der LINKEN gemeinsam mit Vertretern der BAG Umwelt, Energie, Verkehr und der Linksfraktion im Bundestag abgestimmt und ggf. noch Anträge an den Parteitag erarbeitet.
Vwl. Sprecherrat
2. Die Plattform wird sich gemeinsam mit Genossen der Fraktion und der BAG dafür einsetzen, dass die LINKE als in ökologischen Fragen kompetente Partei stärker ins Bewusstsein der Genossen und der Menschen außerhalb der Partei gebracht wird. Dazu soll „Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Plan B“ zum Hauptfeld der politisch-ökologischen Arbeit gemacht werden. Damit zusammenhängend werden auch die gemeinsamen Bemühungen um die Durchführung einer oder mehrerer Konferenzen zur Mobilisierung der ganzen Partei für diese Aufgabe weiter geführt.
Vwl. Sprecherrat
3. Das Bundestreffen der Plattform wird am 14. u. 15. Juni im Land Brandenburg durchgeführt. Jugendherberge Milow in Friedensstr. 21, 14715 Milower Land. Auf diesem Treffen werden der Koordinierungsrat und der Sprecherrat neu gewählt.
Vwl. Sprecherrat und LAG Brandenburg
4. Sitzungen des Koordinierungsrates finden am 8.3.; 13.6.; 20.9. und 29.11. statt.
Vwl. Sprecherrat
5. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Plattform wird das Juniheft der Tarantel als Jubiläumsausgabe gestaltet. Für Beiträge sollen auch leitende Genossen unserer Partei gewonnen werden. Aus gleichem Anlass wird die Plattform eine Erklärung veröffentlichen, die ebenfalls Teil dieser Ausgabe sein wird. Landesgliederungen der Plattform werden gebeten, in Beiträgen über ihre langjährige Arbeit zu berichten. Die Herausgabe der Tarantel erfolgt wie üblich zum Ende des jeweiligen Quartals. Redaktionsschluss 6 Wochen vorher.
Vwl. Sprecherrat und Tarantelredaktion
6. In der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ werden erneut zwei Broschüren herausgegeben: Rita Kindler. Agrarlandpreise (Arbeitstitel); Hansjürgen Schulze: Homo Ökologikus (Arbeitstitel). Ihr Erscheinen wird jeweils auf der Internetseite der Plattform bekannt gemacht.
7. Die Plattform wird zu verschiedenen Gelegenheiten entsprechend ihren Möglichkeiten mit Infoständen auftreten, so z.B. in Berlin bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar, auf den Parteitagen der LINKEN und beim Umwelt-Festival in Berlin am 1.Juni.
8. Die Plattform wird auch 2014 weitere Anstrengungen zur Verstärkung der Mitgliederbasis und der Arbeit der Umweltgruppen in den Bundesländern unternehmen. Unsere MitstreiterInnen in den Bundesländern sind aufgerufen, bei der Mitgliederwerbung für die Plattform zu helfen, auch deshalb, da die Finanzausstattung der Zusammenschlüsse künftig die Anzahl der Mitglieder berücksichtigen wird.

Beratung mit auf ökologischem Gebiet verantwortlichen Genossinnen und Genossen DER LINKEN am 29.11.2013

Ziel der Zusammenkunft, zu der der Sprecherrat der Ökologischen Plattform eingeladen hat, war die Diskussion über Möglichkeiten, wie DIE LINKE als in ökologischen Fragen kompetente Partei stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen ist. Dazu **wurde** bemerkt, dass solches Bemühen durchaus auch auf die Mitglieder unserer Partei, auch auf Funktionsträger, gerichtet sein muss.

Einhellig wurde der Auffassung zugestimmt, dass das wichtigste Projekt DER LINKEN für die Stärkung des ökologischen Bewusstseins innerhalb der Partei und einer breiteren Anerkennung DER LINKEN als ökologisch kompetente Partei in der Bevölkerung unsere Arbeit für die Umsetzung des Roten Projekts für einen sozial-ökologischen Umbau (Plan B) sein muss.

Es geht darum, dieses Projekt insbesondere durch unsere Genossen in Kommunen, Regionen und Kreise zu befördern, in enger Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften mit Leben zu erfüllen und zu einem Markenzeichen DER LINKEN zu entwickeln.

Debattiert wurde die Frage, wie mit einer oder mehreren Konferenzen das Projekt weiter entwickelt werden kann. Für denkbar wurde gehalten, eine Bewegung, einen Prozess regionaler Aktivitäten und Veranstaltungen in Gang zu setzen, der schließlich in eine zentrale Konferenz mündet.

Zum Gedanken einer Konferenz wurden noch verschiedene Varianten angeführt, die im Weiteren auch mit Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der Partei zu bedenken wären. Z.B. eine Konferenz in einem Bundesland, in dem Landtagswahlen anstehen. Oder die Kopplung an eine Fraktionsvorsitzenden-Konferenz. Für den Fall, dass DIE LINKE im nächsten Jahr eine „Zukunftskonferenz“ plant, muss des

Thema Ökologie unbedingt in angemessener Form vertreten sein – auch wenn das primäre Ziel die Zukunft der Partei DIE LINKE selbst ist – da sie ohne Berücksichtigung der ökologischen Probleme keine Zukunft hat.

Wichtig für die Wahrnehmung DER LINKEN sind die Mitglieder des Parteivorstandes und ihre Spitzenpolitiker. Sie müssen sich stärker mit den ökologischen Fragen beschäftigen und diese in ihren Auftritten vertreten. Die für ökologische Fragen zuständigen Genossinnen und Genossen und die durch sie vertretenen Gruppierungen erkennen die ihnen dabei zufallende Verantwortung.

Eine weitere Möglichkeit für ein stärkeres Auftreten DER LINKEN in ökologischen Fragen wurde darin gesehen, den Parteivorstand und die Spitzenpolitiker in die Lage zu versetzen, sich zu aktuellen zentralen ökologischen Fragen sachkundig zu äußern. Gedacht ist z.B. an gelegentliche Vorlagen für den Parteivorstand für Erklärungen und ggf. auch Beschlüsse.

Eine weitere Zusammenkunft wurde empfohlen und für zweckmäßig erachtet, etwa in Form eines Workshops, wo zusätzliche Gedanken darüber ausgetauscht werden können, was zu tun ist, um ökologische Positionen DER LINKEN, auch in neuen, unkonventionellen Formen, öffentlich zu machen und DIE LINKE auf diesem Gebiet mehr ins Gespräch zu bringen.

Abschließend wurde vereinbart

- Der Plan B soll zum wichtigsten Arbeitsfeld der Ökologen in der Partei gemacht und ein Markenzeichen DER LINKEN nach außen werden. Dazu werden zwischen der BT-Fraktion, der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt, Energie, Verkehr regelmäßig Ideen und Absichten ausgetauscht und die Idee einer Konfe-

renz in einer der erörterten Formen weiter entwickelt und schließlich zur Aktion gebracht.

- Es wird versucht, den Parteivorstand zu Verlautbarungen zu aktuellen ökologischen Fragen zu bewegen. Derartige Initiativen sind zwischen den drei ökologischen Gruppierungen abzustimmen.
- Bernd Brouns wird gemeinsam mit Gilbert Siegler und Steffen Kühne (RLS) Vorschläge und Gedanken entgegennehmen und zu einem System zusammenstellen, wie ein Projekt zur schrittweisen Umsetzung des Planes B von lokalen und

regionalen Aktivitäten und Initiativen bis zu einer Konferenz der Partei geführt werden kann.

Eva Bulling-Schröter wird Gedanken entgegennehmen, welche weiteren, bei dieser Beratung noch nicht erörterten, auch unkonventionellen Formen und Möglichkeiten für die ökologische Profilierung DER LINKEN genutzt werden können und diese zu einem Vorschlag für eine nächste Zusammenkunft zusammenfassen.

Am 3.1.2014 findet eine weitere Beratung zur Diskussion des Entwurfs des Europa-Wahlprogramms der Partei statt.

Sitzung des Koordinierungsrates am 30.11.2013

Die Sitzung fand zeitgleich mit der Großdemonstration in Berlin gegen die Energiepolitik der Regierung und für die erneuerbare Energie statt. Der Ko-Rat beschloss deshalb, den Verlauf der Sitzung zu straffen, damit im Anschluss noch die Möglichkeit der Teilnahme an der Demo in ihrem fortgeschrittenen Stadium und an der Abschlusskundgebung besteht. Die Sitzung wurde kurz nach 13 Uhr geschlossen.

Auf der Tagesordnung standen u.a. die Wahl der Delegierten der Plattform zum nächsten Parteitag sowie der Beschluss des Arbeitsplanes der Plattform für 2014. Als unsere Delegierte zum Parteitag wurden Johanna Scheringer-Wright und

Gesine Franke gewählt, als Ersatzdelegierte Hamide Akbayir und Gilbert Siegler. Die Versammelten dankten Johanna Scheringer-Wright und Gilbert Siegler, die die Plattform auf dem vorigen Parteitag vertreten haben.

Informiert wurde, dass Petra Beck, Mitglied des Sprecherrates der Plattform, auf einer Sitzung der Zusammenschlüsse in DER LINKEN erneut zum Mitglied des Parteiausschusses gewählt wurde.

Der Ko-Rat beriet den vorliegenden Entwurf und bestätigte den Arbeitsplan der Plattform für 2014 mit der Empfehlung, noch einige Zusätze einzufügen.

Kritik des Sprecherrates der Ökologischen Plattform bei DER LINKEN am Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD auf dem Gebiet der Energiepolitik

Grundsätzlich ist für alle Gebiete der Umwelt- und Energiepolitik festzustellen, dass die Festlegungen des Schwarz-Roten Koalitionsvertrages hinter den Zielen der vorherigen Legislaturperiode unter Schwarz-Gelb zurückbleiben und sich wesentlich verschlechtert haben. Die Belange der Menschen in unserem Land werden den Ansprüchen der Kapitaleigner

geopfert. Kurzfristiges Profitdenken bestimmt die Richtung anstatt eine weit-schauende, visionäre, sozial und ökologisch vertretbare Planung für die Energiewende in Deutschland und in der Welt.

Erderhitzung weiter auf dem Vormarsch

Das Reduktionsziel von **40 %** bei Kohlendioxid **bis 2020** bezogen auf das Basisjahr

1990, das bereits in der vergangenen Legislaturperiode gesetzt war, wird bekräftigt, aber kein höheres Ziel angestrebt. Unter dem Eindruck, dass das internationale Begrenzungsziel von 2 Kelvin Temperaturerhöhung als noch verträglich nicht mehr

eingehalten werden kann und demnächst überschritten wird, führt die Politik der Regierung zu weiterer Erderhitzung. Erforderlich wäre eine Reduktion um 60 %, um diese Begrenzung einhalten zu können. Die Global Player des Kapitals sind sich einig, dass Maßnahmen zur Begrenzung der Erderhitzung ihre Gewinne schmälern würden und deshalb abzulehnen seien. CDU/CSU folgt dieser Forderung des internationalen Kapitals.

Die SPD wollte die Verabschiedung eines **Klimaschutzgesetzes** mit konkreten Maßnahmenplänen zur Unterbrechung der Klimaziele im Koalitionsvertrag festschreiben. Das wurde von Frau Merkel abgelehnt, sodass das Klimaziel im Koalitionsvertrag ohne Realisierungsabsichten bleibt. Mit den im Koalitionsvertrag festgelegten Maßnahmen ist das angestrebte Ziel nicht zu erreichen, denn die EE werden weder ausgebaut, noch der Energieverbrauch bei der Wärmeerzeugung gesenkt oder die Energieeffizienz erhöht. Auf allen drei Gebieten werden Schnecken tempo oder Stillstand in der Entwicklung festgeschrieben. Da helfen auch keine blumigen von den Grünen entlehnten Phrasen, die in den Überschriften der Kapitel enthalten sind und die festgelegten Maßnahmen in den Kapiteln vertuschen und verschleiern sollen.

Der versprochene Einsatz „für ambitionierte **europäische** Klimaschutzziele“ wird sofort relativiert, weil er „nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrien führen darf“. Eine „carbon leakage (Produktionsverlagerungen) muss vermieden werden“, d. h. „der wirtschaftliche Betrieb notwendiger

Kapazitäten konventioneller und flexibel einsetzbarer Kraftwerke muss in bezahlbarer Weise möglich bleiben“. Das heißt **Kohle für immer**, womit klar ist, dass es keine „ambitionierten“ Klimaschutzziele geben wird. Auf der Pariser Klimaschutzkonferenz 2015 will sich die Bundesrepublik dafür einsetzen, dass für 2050 ein Zielwert von 80-95 % in den Klimaschutzplan aufgenommen wird.

*Die LINKE sollte anstelle der SPD in den Bundestag ein **Klimaschutzgesetz** einbringen, das konkrete Maßnahmenpläne zur Minderung der Emissionen von Klimagasen, Umstellung auf erneuerbare Energien, Energieeffizienzmaßnahmen und Energieeinsparungen im privaten und betrieblichen Bereich vorsieht.*

Der fossile Kraftwerkspark hat langjährigen Bestandsschutz und erhält Subventionsgeschenke!

Im Koalitionsvertrag steht: „Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiewendemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar“. Damit wird klar, dass auch in späteren Legislaturperioden an der fossilen Energie festgehalten werden soll. 2013 gingen 5 neue Kohlekraftwerke mit 4.800 MW Leistung ans Netz bzw. es wurden weitere geplant. Neue Gaskraftwerke sollen über einen „Kapazitätsmechanismus“ subventioniert werden. Damit wird deutlich, dass die Regierung nicht beabsichtigt, ihre Emissionsschutzziele zu realisieren. Die Marktmacht der Stromkonzerne wird gesichert und ausgebaut.

*Die LINKE sollte ein **Kohleausstiegs-gesetz** entwerfen mit der Zielstellung, dass bis 2020 60 % der fossilen Emissionen eingespart werden, damit Deutschland seinen Beitrag leistet, dass die Erdtemperatur eine Steigerung um 2 Kelvin nicht überschreitet. Dieses Gesetz muss auch einen Stopp des Neubaus von Kraftwerken mit fossilen Energieträgern beinhalten, eventuell als*

Ausnahme den Ersatz von Kohlekraftwerken durch Gaskraftwerke.

Keine strukturelle Reform des Emissionshandels

Nach dem Koalitionsvertrag bleibt der Emissionshandel weiterhin bestehen und wirkungslos. Nur, wenn die Minderungsziele nicht erreicht werden, könnten Korrekturen notwendig sein, steht im Vertrag. Die von der EU geplante Herausnahme von 900 Mio. € Zertifikaten, so genanntes „backloading“, darf nach Meinung der Bundesrepublik nur ein einmaliger Eingriff sein und diese Zertifikate dürfen nicht dauerhaft dem Markt entzogen werden. Eine strukturelle Reform des Emissionshandels hin zu höheren Preisen für Kohlendioxid wird nicht für notwendig gehalten. Damit wird der jährliche **Extragewinn der Stromkonzerne** in Höhe von etwa **5 Milliarden € nicht angetastet**, denn diese rechnen den Preis der Zertifikate in den Strompreis als Kosten ein und bürden sie den Endverbrauchern auf.

*Die LINKE sollte einen Vorschlag machen, wie der **Emissionshandel wirkungsvoll** gestaltet werden kann. Am besten ist die Abschaffung des Emissionshandels, was eine Senkung des Strompreises zur Folge hätte.*

Erneuerbare Energieentwicklung wird ausgebremst.

Bereits der Titel des Abschnittes 1.4 des Koalitionsvertrages „Die Energiewende zum Erfolg führen“ sagt genau das Gegenteil von dem, was inhaltlich an Maßnahmen festgelegt wird. Versprochen wird, dass „ein stetig wachsender Anteil an erneuerbarer Energie konsequent und planvoll fortgeführt wird“, wozu aber die festgelegten Maßnahmen nicht taugen, sondern zu: **Stagnation oder Schnecken tempo**. Das soll schon im Sommer 2014 erreicht werden, weil bereits dann die „Reform des EEG“ verabschiedet werden soll. Da haben es die Koalitionäre sehr eilig, was auf anderen Gebieten nicht

so der Fall ist. Obwohl „Altanlagen Bestandsschutz“ und die „in Realisierung befindlichen Investitionen Vertrauensschutz genießen“, sollen die „Rahmenbedingungen grundlegend verändert“ werden, was auf ein drastisch reduziertes Ausbautempo bei den EE hinausläuft.

Die neuen Rahmenbedingungen sollen alle wirtschaftlichen Wünsche aller Partner erfüllen: „Planungssicherheit“, „für die EE-Branche einen verlässlichen Wachstumspfad“, „Begrenzung der Kostendynamik“, „für die konventionelle Energiewirtschaft einen stabilen Rahmen“ und „eine bessere Verknüpfung mit dem Netzausbau“. Das bedeutet eine Quadratur des Kreises, weil es sich hier um zum Teil gegensätzliche Ziele handelt. Ein verlässlicher Wachstumspfad für die erneuerbaren und ein stabiler Rahmen für die fossile Energiewirtschaft widersprechen sich.

Im Abschnitt „Kosten der Energiewende“ wird Klartext geredet: die EE-Umlage belastet die Verbraucher zu stark und deshalb hat sich die Koalition „verständigt“, den „Kostenanstieg spürbar zu bremsen“ und „die Kosten auf einem vertretbarem Niveau zu stabilisieren“.

Die **Bremsmaßnahmen** sind folgende: „Abbau von Überförderungen“, „Degression von Energie-Vergütungen“, „stärkere marktwirtschaftlich orientierte Förderung“, „Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen und eine ausgewogene Regelung der Eigenproduktion von Strom“. Man will „für alle Technologien (der erneuerbaren Energie) eine kontinuierliche Degression der Fördersätze im EEG verankern“.

Auf allen Gebieten eine Verschlechterung der Förderbedingungen.

„Das Grün-Stromprivileg wird gestrichen“. Bisher haben Erzeuger von EE als Ökostromhändler ihren Strom an der Börse vorbei direkt vermarktet. Die EEG-Umlage wurde dadurch entlastet. Das fällt nun weg. Muss der gesamte EE-Strom an der Börse

verkauft werden, dann steigt der Strompreis. Das wollte eigentlich die Koalition nicht, aber die Strommonopole erhalten so die komplette Kontrolle über den Strommarkt, denn die kleinen EE-Stromerzeuger müssen ihren Strom über die großen Stromkonzerne verkaufen.

Die Koalition konstruiert ein „**Energiepolitisches Dreieck**“: „Die Ziele des energiepolitischen Dreiecks – Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit – sind für uns gleichrangig“. Hier werden die Umwelt und die Bezahlbarkeit als Gegensatz gesehen. Wird die Umwelt geschont z. B. mit erneuerbarer Energie, dann wird der Strom teurer. Aber eine fossile Energieversorgung, die keine Rücksicht auf die Folgekosten des Klimawandels nimmt, wird unermesslich teuer. Dieser Zusammenhang wird ausgeblendet. Die Koalitionäre denken nur kurzfristig, marktwirtschaftlich und profitorientiert. Die Erhaltung der Umwelt und die Verhinderung der Erderhitzung sind ihnen egal.

Ausbaukorridor deckelt Gesamt-Förderung
Erstmalig soll ein Ausbaukorridor für den Ausbau der EE festgelegt und der Zuwachs an EE begrenzt werden. Die SPD hatte in einem Entwurf des Koalitionsvertrages noch einen Anteil von 75 % EE an der Stromversorgung im Jahre 2030 gefordert. Nach dem Willen der CDU/CSU sollte der Anteil von EE am Strommix sogar mit 35 bis 40 % verbindlich gedeckelt werden. Herausgekommen ist ein **Ziel für 2035 von 55 bis 60 %**. Das ist zu wenig, um die Klimaschutzziele zu erreichen und um die Atomkraftwerke zügig stilllegen zu können. Der BUND fordert ein Ausbauziel von 45 % bis 2020.

Das Wachstum der EE wird statt dessen **auf einen jährlichen Zuwachs von 1,7 % begrenzt** und damit werden große Bereiche der EE-Industrie nicht mehr ausgelastet und Arbeitsplätze abgebaut. Eigentlich kein Ziel der Koalition. Es geht aber um

den ungehinderten Weiterbetrieb und die volle Auslastung der Kohlekraftwerke, die die Koalition sichern will und da nimmt sie einen Arbeitsplatzabbau bei den EE in Kauf.

Unklar ist, ob sich der genannte „Deckel“ nur auf die Stromerzeugung oder auf den Gesamtenergieverbrauch bezieht. Darüber gibt der Vertrag keine Auskunft.

Darüber hinaus soll der Ausbau der erneuerbaren Energien „jährlich in Hinblick auf den Netzausbau und die Bezahlbarkeit überprüft“ werden. D.h., es kann jederzeit weiter abgebremst werden, um „die Kosten zu begrenzen“. In den Koalitionsvertrag wurden also weitere Bremsen eingebaut.

Für die Investitionssicherheit für Anlagen der EE, vor allem für Bürgerprojekte ohne Risikokapital, bringt diese Deckelung Unsicherheit und Entwicklungsstopp.

Für die einzelnen Technologien der erneuerbaren Energien gelten folgende Festlegungen:

Photovoltaik: Der bestehende absolute Deckel für den Ausbau von 52 GW soll bleiben. Damit wird die Ausbaudynamik abgebremst. Es fehlt ein Anreiz, der den Ausbau der Photovoltaik in den Städten beschleunigt.

Eine weitere Festlegung im Koalitionsvertrag soll die großen Investoren mit großen Kapitalmengen bevorteilen. Ab 2016 soll ein Ausschreibungsmodell für freie Standorte erprobt und 2018 allgemein eingeführt werden. Damit werden Bürgeranlagen behindert, aber dennoch „soll eine breite Bürgerbeteiligung gesichert werden“, was bei Ausschreibungsmodellen erfahrungsgemäß weniger gelingt. Im Ausland hat man mit diesen Ausschreibungsmodellen negative Erfahrungen gemacht.

Biomasse: Der Koalitionsvertrag orientiert auf die Verwertung von Abfall- und Reststoffen. Neue Anlagen „werden überwiegend auf Abfall- und Reststoffe begrenzt“. Damit wird dem Wildwuchs der Biogasanla-

gen auf Maisbasis eine Schranke gesetzt, was zu begrüßen ist. Das kann aber dazu führen, dass keine Biogasanlagen mehr gebaut werden, weil die Rohstoffversorgung mit Abfall- und Reststoffen nur wenige neue Biogasanlagen erlaubt.

Damit wird ein weiterer Marktkonkurrent der fossilen und atomaren Kraftwerke ausgebremst, der bisher grund- **und** spitzenlastfähig war. Die Biogasbranche mit ihren 40.000 Arbeitsplätzen kann weiter machen wie bisher, wird aber nicht mehr wachsen.

Windenergie an Land: Der energiewirtschaftlich wichtige Zubau der preiswerten Windenergie an Land soll weitgehend unterbunden werden. Die Fördersätze sollen vor allem an windstarken Standorten gesenkt werden. Zukünftig sollen „bundesweit die guten Standorte mit einem Referenzwert von 75-80 % genutzt werden“. Damit soll die Windenergie nur auf „gute“ Standorte beschränkt werden, wo die Windräder einen Windertrag von 75 bis 80 % bringen. In Baden-Württemberg gibt es solche Standorte praktisch nicht. Damit wird die kostengünstige Windenergie an weniger ertragreichen Standorten abgewürgt. Die Regierung will die Windenergie an Land auf küstennahe Standorte bei reduzierter Förderung begrenzen. Besonders in Süddeutschland käme dadurch die verbrauchernahe Windstromversorgung zum Erliegen. Das hat die CSU sicherlich gewollt, damit die Atomkraftwerke keine Konkurrenz bekommen. Eine weitere Beschränkung der Standorte erfolgt durch länderspezifische Regelungen zu den Abständen der Windräder zur Wohnbebauung. Das kann zu einer Verhinderungsplanung führen. In Bayern gibt es bereits ein solches Verhinderungsgesetz, das den Abstand von Windrädern zu Wohngebieten mit 2 km festlegt. Damit ist Windkraft in Bayern praktisch nicht möglich.

*Die LINKE sollte ein Gesetz zur **einheitlichen Regelung der Mindestabstände***

einbringen, das mit der Windrad-Industrie und den Umweltverbänden abgestimmt ist. Lösungen der einzelnen Länder konkurrieren und führen zu einer chaotischen Standortwahl bzw. einem Erliegen des Baus von Windrädern.

Windenergie auf See wird gefördert

Die doppelt so teure offshore-Windkraft wird weiter wie bisher gefördert und die Förderzeit wurde verlängert von 2017 auf 2019 („bei Bedarf“). Die bisherigen Ausbauziele der vergangenen Legislaturperiode wurden stark reduziert. Der Ausbaupfad bis 2020 wird auf 6,5 GW festgelegt. Das entspricht dem gegenwärtigen Tempo des Ausbaus. Bis 2030 sollen dann 15 GW erreicht werden.

Direktvermarktungspflicht für Biomasseanlagen, Windräder und Photovoltaikanlagen ab 5 MW

EE „sollen perspektivisch ohne Förderung am Markt bestehen“. Die EE „werden in den Markt integriert“. „Durch die Degression im EEG steigt der Anreiz zur Direktvermarktung“. Wer seinen Strom künftig an der Strombörse (Energy only-Markt) verkaufen soll, der hat aber die Ungewissheit der Refinanzierung seiner Anlagen und damit ein Investitionsrisiko. Das Risiko trifft besonders Kleinanleger, die sich am Kapitalmarkt nicht so bedienen können wie große Anleger. Wird die Festvergütung für EE-Neuanlagen abgeschafft, dann kann auf dem EE-Energiemarkt ebenso eine Oligopolisierung auftreten wie am fossilen Markt. Die Kapitalbeschaffung für Bürgerenergieparks wird dann deutlich erschwert. Die Koalition ist sich einig, eine Demokratisierung der Energieversorgung zu verhindern.

„Neuanlagen müssen für den Netzbetreiber ansteuerbar sein“. „Spitzenlast kann dann unentgeltlich abgeregelt werden“. Dabei soll aber „der Einspeisevorrang für die EE beibehalten“ werden.

Die „virtuelle Grundlastfähigkeit“ der einzelnen erneuerbaren Energien soll schrittweise geschaffen werden und zwar über Speicher, durch Kooperation mit Biogas- und Wasserkraftanlagen oder durch Verträge mit fossilen Kraftwerken.

Die Kosten haben die EE-Anlagenbetreiber zu tragen, fossile Kraftwerke werden gestützt.

*Die LINKE sollte dafür eintreten, dass **die bestehende Marktprämie erhalten bleibt**, um die positive Wirkung auf die Entwicklung der EE-Energieerzeugung beizubehalten. Auch der Vorschlag der Thüringer Genossen, für die Speicherung von EE durch Energiegenossenschaften oder kommunale Energie-Unternehmen **Pumpspeicheranlagen zu kaufen**, muss in den Vordergrund gerückt werden. Dann können nämlich ganze Regionen, Gemeinden und auch einzelne Bürger aus dem Strommarkt ausscheiden und ihre Preise selbst bestimmen.*

Industrie behält ihre Ausnahmeregelungen für EEG-Lasten.

Das wird im Kapitel „Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und faire Lastenverteilung“ festgelegt. Nach wie vor werden die Lasten unfair verteilt, weil die „stromintensiven Unternehmen“ durch Ausnahmeregelungen bevorteilt werden. Es wird zwar eine Überprüfung der gewährten Ausnahmen für die Wirtschaft angekündigt, aber die Mehrzahl der Ausnahmen sollen mit der Begründung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beibehalten werden. Im Koalitionsvertrag wird auch festgestellt, dass sich die Zahl der antragstellenden Unternehmen erhöht hat. Die Privathaushalte sollen weiterhin die Lasten der Industrie übernehmen. Die Subventionen für die Industrie sind unter Schwarz-Gelb von 4 Mrd. € (2012) auf 7 Mrd. € (2013) angewachsen.

*Die LINKE sollte diese **Subventionen zu Lasten der Privathaushalte öffentlich***

***anprangern**, denn viele Subventionsbezieher stehen gar nicht im internationalen Wettbewerb. Wiedermal ein „Mövenpick-Problem“.*

Subventionen für die Industrie sollen zukünftig an Effizienzsteigerungen gebunden werden. Gleichzeitig werden einige Schlupflöcher beschlossen. Frühere Aktivitäten können nämlich angerechnet werden. Die Mindestumlage von derzeit 0,05 ct/kWh soll angehoben werden, was aber nur „überprüft“ werden soll.

Betriebe, die ihren Strom selbst erzeugt haben, sind bisher von der EEG-Umlage befreit gewesen. Nunmehr soll bei Neubau von betrieblichen Stromerzeugungsanlagen eine „Mindestbeitrag“ geleistet werden. Dadurch werden die Privathaushalte nur gering entlastet. Auch Schienenbahnen, die bisher von der EEG-Umlage befreit waren, sollen „in angemessener Weise beteiligt werden“, was dann wieder in höheren Ticketpreisen zum Ausdruck kommt.

Im Abschnitt „Strommarktdesign - neue Rolle für konventionelle Kraftwerke“ wird die neue Rolle konventioneller Kraftwerke darin gesehen, dass „konventionelle Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes **auf absehbare Zeit unverzichtbar** sind“. Nicht der Bau neuer Speicher sondern „hocheffiziente und flexible konventionelle Kraftwerke“ sollen den Zuwachs der EE abfedern, denn „Wind- und Sonnenenergie trägt nicht zur Versorgungssicherheit bei“. Als Netzreserve werden nicht Speicher gefordert, sondern „bestehende fossile Kraftwerke als Netzreserve“. Eine offene Bevorzugung fossiler Energieerzeuger.

Die technisch und wirtschaftlich verfügbaren Speicherpotenziale sollen in den kommenden Jahren geprüft werden. Vorhandene (aber gegenwärtig nicht rentable) Pump-Speicheranlagen sollen weiter genutzt werden. Langzeitspeicher, die sai-

sonale Schwankungen ausgleichen können (Power-to Gas) sollen entwickelt werden.

*Der Schwerpunkt der Energiepolitik müsste im **Ausbau von Speichern** für die EE liegen. Wenn das nicht erkannt und nicht gewollt wird, bleibt fossile Energie für den Strommix ewig bestimmend. Dass die SPD, die das EEG mit beschlossen hatte, es nunmehr zusammen mit der CDU beerdigt, zeigt, dass die SPD eine eindeutige Kapital- und keine Volkspartei ist.*

Der **KWK-Anteil** soll bis 2020 auf 25 % ausgebaut werden. Das würde ein starkes Wachstum auf diesem Gebiet bedeuten, denn in den nächsten sieben Jahren soll dieser Anteil um 70 % wachsen.

*Gefordert werden sollte von DER LINKEN, dass **KKW-Kopplungsanlagen mit Speichern** ausgerüstet werden müssen, damit sie sich auf wechselnden Strombedarf schnell einstellen können.*

Energieeffizienz ohne konkrete Ziele:

Angekündigt wird ein „Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz“ für das Jahr 2014 und mehr Geld für diese Aufgabe. Die angekündigten „anspruchsvollen Effizienzmaßnahmen“ werden in keinem Fall konkret benannt, weder bei der Raumheizung noch beim Verkehr noch beim Handwerk oder der Wirtschaft.

Gestrichen wurden aber die Ziele des Schwarz-Gelben Energiekonzepts von 2010. Mindestens diese Ziele hätte sich die Schwarz-Rote Koalition stellen sollen: Der Primärenergieverbrauch sollte bis 2020 um 20 % sinken und bis 2050 um 50 %. Die Energieproduktivität, bezogen auf den Endenergieverbrauch, sollte bis 2020 jährlich um 2,1 % steigen. Der Stromverbrauch sollte bis 2020 um 10 % und bis 2050 um 25 % sinken. Der Wärmebedarf der Gebäude sollte bis 2020 um 20 % reduziert werden, bezogen auf 2008-Stand. Bis 2050 sollte bei Gebäuden der Primärenergiebedarf um 80 % sinken. **Diese Ziele hat die Schwarze-Rote Regierung aufgegeben.**

An deren Stelle wird nur versprochen, dass die **EU-Effizienzrichtlinie** „sachgerecht“ umgesetzt wird in deutsches Recht. Das Ziel der "Directive on Energy Efficiency" ist die Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050. Verbindliche Einsparziele werden im Koalitionsvertrag in diesem Zusammenhang nicht genannt.

Insbesondere auf dem wichtigen Gebiet der Einsparung von Energie bei der Wärmezeugung bleibt alles unverbindlich und ohne konkreten Inhalt: „Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wollen wir aufstocken, verstetigen und deutlich vereinfachen“, damit „durch Beratung Fehlinvestitionen verhindert werden“, dass wir „einen Schwerpunkt auf eine fachlich fundierte und unabhängige Energieberatung legen“ und „Investitionen in Energie sparende Haushaltsgeräte erleichtern“ sowie „die Kennzeichnung von Produkten entsprechend ihrer Energieeffizienz aussagekräftig gestalten“. Es gibt in diesem Abschnitt keine konkreten Festlegungen, aber ein „klimafreundlicher Wärmemarkt“ soll bis **2050** „zu einem nahezu **klimaneutralen Gebäudebestand** führen“. Mit den genannten Maßnahmen wird dieses Ziel gewiss nicht erreicht.

Überschüssiger erneuerbarer Strom soll zu Wärmezeugung eingesetzt werden. **Nachtspeicheröfen** sind zwar ineffizient und energieverschwenderisch und wurden in den vergangenen Jahren abgeschafft, werden aber nun gebraucht, um zu verhindern, dass fossile Kraftwerke abgeschaltet werden müssen.

*Die LINKE sollte einen **Gesetzesvorschlag** einbringen, in dem ein Zuwachs bei der **Gebäudesanierung** von mindestens 3 %/a und ein Investitionsvolumen zur Förderung von mindestens 5 Milliarden €/a gefordert wird.*

Netze: der erforderliche Netzausbau soll abhängig vom Ausbau der Offshore-Windenergie erfolgen. Das Stromnetz muss an

die wachsenden EE-Strommengen flexibel angepasst werden. Werden dabei aber nur die fossilen Kraftwerke flexibilisiert, dann wird die Energiewende konterkariert.

Der Einbau von intelligenten Zählern zur Ermöglichung von intelligentem Last- und Erzeugungsmanagement soll auf den Weg gebracht werden. Wer seinen Strom selbst erzeugt, soll zukünftig trotzdem Netzentgelte zahlen.

Die „Winterreserve“ (Netzreserve) soll beibehalten werden. Das ist bei wachsendem EE-Strom auch notwendig. Über „Kapazitätsmärkte“ konnte sich Schwarz-Rot noch nicht einigen. Wie viele und welche Art der Kraftwerke werden im Standby-Betrieb als Reserve benötigt? Die Frage ist, ob es einen Kapazitätsmechanismus überhaupt geben muss.

Weiterhin Belastung der Strompreise mit Steuern

Der Strompreisanstieg soll allein durch die Begrenzung des Ausbaus der EE gestoppt werden. Die Kosten der Energiewende sollen die Privathaushalte und die kleinen Unternehmen weiterhin allein tragen.

Die SPD hat eine Senkung der Stromsteuer verlangt. Diese Senkung, wenn sie denn haushaltsmäßig finanzierbar wäre, würde wahrscheinlich nicht bei den Privatverbrauchern ankommen, weil die Energiekonzerne das nicht weiterreichen - ebenso wie niedrige Börsenstrompreise. Nicht die Öko-steuer sollte eingefroren oder geschleift werden, sondern die Strom- und Mehrwertsteuer, gegenwärtig 24 %, sollte gesenkt werden.

Generell muss an der ungerechten Energiekostenverteilung etwas geändert werden. Das betrifft den Komplex der Industrieausnahmen beim EEG, den Netzentgelten, der KWK-Umlage und den Konzessionsabgaben.

Atomausstieg weiterhin halbherzig

An den bestehenden Vereinbarungen mit der Industrie wird nichts geändert. Von den

derzeit noch laufenden neun AKW wird in der kommenden Legislaturperiode nur ein AKW abgeschaltet. Auch zum planmäßigen Ende der übernächsten Wahlperiode im Jahre 2021 werden demnach noch sechs AKWs laufen. Erst 2022 soll das letzte abgeschaltet werden. Die Sicherheit der AKW soll erhöht werden. Für den Rückbau der AKW soll eine Aufteilung der Kosten geregelt werden. „Wir erwarten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen werden“. Ein neues Gesetz zu dieser Kostenaufteilung wird aber nicht angekündigt.

Endlager: Die Grube Konrad wird eingerichtet, Morsleben geschlossen und Asse II rückgeholt (auf Kosten des Bundes), Gorleben bleibt offen: „Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle....wird eingeleitet“. Nach wie vor ist Gorleben noch eine Option.

Koalition für Fracking: „Fracking ist eine Technologie mit erheblichen Risikopotenzial“. „Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen beim Fracking lehnen wir ab“. Die Erkundungen werden aber weitergeführt. Zuerst soll die Wissenschaft die Risiken untersuchen und so hat man die Tür zum Fracking erst mal einen Spalt offen gelassen. Der Industrie wird damit eine Brücke gebaut, die Fracking-Technologie weiter zu erproben und einzuführen. „Umwelttoxische Substanzen“ sollen dabei nicht eingesetzt werden, über das Wasserhaushaltsgesetz soll das Trinkwasser besser geschützt werden, die Bürgerbeteiligung soll verbessert werden. Fracking wird nicht verboten.

*Hier sollte DIE LINKE ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zu Fracking erneuern und sich bei Bürgerprotesten beteiligen. Ein **Bundesgesetz zum Fracking-Verbot** muss eingebracht werden.*

Bürgerbeteiligung: Auch beim Dialog mit den Bürgern und ihrer Beteiligung bei der Energiewende wurden Bremsen eingebaut,

die die Energiewende verlangsamen sollen. Ein „Energiebeirat“ soll die Regierung beraten. Ein zu schaffendes „Kompetenzzentrum“ mit der Bezeichnung „Naturschutz und Energiewende“ soll Konflikte vor Ort vermeiden. Die Bürgerbewegungen sollen damit kanalisiert und unter Kontrolle gehalten werden. Naturschutzaspekte, die gegen die Anlagen der erneuerbaren Energie verwendbar sind, werden in den Vordergrund gestellt, um so EE-Anlagen zu verhindern.

Auf Agro-Kraftstoffe wird nicht verzichtet:

„Die Produktion und Verwendung von Bio-Kraftstoffen müssen sich an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichten. Hierfür wollen wir eine an realistischen Mengenpotenzialen orientierte Biokraftstoffstrategie entwickeln“. Mit diesen Absichtserklärungen sind alle Entwicklungen offen.

Elektro-Mobilität: Am Ziel von 1 Millionen Elektroautos 2020 wird festgehalten, obwohl die bisherigen Zulassungszahlen dieses Ziel utopisch erscheinen lässt. Die Koalition lehnt Kaufprämien ab, wie sie in anderen Ländern Europas üblich sind (Frankreich, Norwegen), sie will nur „nutzerorientierte Anreize“ schaffen und die entsprechende Infrastruktur (Ladestellen) vorantreiben. „Der Bund wird seinen Fuhrpark sukzessive umrüsten“. Nicht einmal für den eigenen Verantwortungsbereich werden Ziele vorgegeben.

ÖPNV: Im ländlichen Raum sollen mehr Ruf- und Bürgerbusse eingesetzt werden. Ob das Sache der Kommune ist oder ob es Fördermittel gibt, dazu gibt es keine Festlegungen.

„Die Entwicklung auf dem Fernbusmarkt beobachten wir aufmerksam...“. Zur Konkurrenz mit der Schiene wird nichts ausgesagt.

Zusammenfassung

Die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele zur Energiewende und zum Klimaschutz sind wesentlich niedriger als die im Vertrag zwischen Schwarz-Gelb in der vorherigen

Legislaturperiode. Die Zielstellungen werden zwar z. T. beibehalten, aber auf spätere Jahre verlagert und damit gestreckt. „Korridore“ verhindern das Wachstum der EE, das Ausbautempo wird, grob geschätzt, mindestens um 70 % gesenkt. Alle Technologien der EE sind betroffen und werden langsamer wachsen. Das betrifft auch die „Wärmewende“, bei der die von Experten geforderte Verbesserung und Erweiterung der staatlichen Förderung ausblieb. Eine sparsamere Energieverwendung durch mehr Effizienz im Einsatz bleibt wie bisher ein Stiefkind, bei dem auch in der Vergangenheit kaum Erfolge zu verzeichnen waren. Auch das von der SPD gewünschte „Klimagesetz“ kam in den Schlussverhandlungen nicht in den Vertrag. Fest verankert ist dagegen die Bestandsgarantie für die fossile und atomare Energiegewinnung. Für die nächsten Jahrzehnte werden die vier Stromoligopole den Strommarkt beherrschen. Sogar neue Subventionen für alte Kohlekraftwerke werden in Aussicht gestellt. Auch die Förderung der teuren Windenergie auf See wird fortgeführt – im Gegensatz zur Eindämmung der billigeren Windenergie an Land. Resultat wird sein, dass die Bürger weniger Interesse an den dann risikoreicheren und renditegesenkten Anlagen der EE haben werden, was im Interesse der Strommonopole liegt. Damit ist klar, dass kaum etwas unternommen wird gegen zukünftige Klimaextreme, die auch Deutschland erreichen werden mit Orkanen, die Häuser abdecken und Wälder umlegen, mit Hochwasserkatastrophen, Hitzewellen und Dürreperioden sowie allmählichem Anstieg des Meeresspiegels. Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD haben ihre eigenen Grundwerte auf dem Altar des Profits geopfert. Die CDU tut nichts mehr zur „Erhaltung der Schöpfung“ und hilft dem Kapital, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Die SPD kümmert sich nicht mehr um den „kleinen Mann“, der den

Profitinteressen der Stromkonzerne schutzlos ausgeliefert wird. Die Politiker beider Parteien sind zu willfährigen Lakaien des Kapitals geworden und verantwortlich für zukünftige Klimakatastrophen. Deutschland ist mit diesem Koalitionsvertrag nicht mehr Vorreiter und Vorbild für

andere Länder, ist kein „Energiewendepionier“ und wird damit zum Bremser der EE. Das ist auch deshalb bedauerlich, weil die Zustimmung der Bevölkerung zur Energiewende nach wie vor bei 90 % liegt.

Die LINKE verurteilt die Allianz zwischen den kapitalistischen Akteuren auf dem Energiemarkt, den industriellen Großverbrauchern und der künftigen Bundesregierung, da sie unsozial, ungerecht und ökologisch zerstörerisch wirkt. Die LINKE muss eigene Gesetzesanträge in den Bundestag einbringen, um als Korrektiv dagegen zu wirken. Im Bundestag wird DIE LINKE bemüht sein, bestimmte Gesetze zu stoppen und keine Gelegenheit auslassen, zu verdeutlichen, dass „sozial“ nur das ist, was „ökologisch“ ist, denn Gefährdung, Zerstörungen und Katastrophen badet die gesamte Bevölkerung aus. Und es trifft weniger die Wohlhabenden, als diejenigen, die keine Mittel dafür haben, die schlimmsten Auswirkungen ggf. abzumildern.

„100 % Sozial“ – 100 % Ökologisch“ ist unsere Losung.

Anfrage an das Europaparlament wegen rostender Atommüllfässer in den europäischen Meeren und die entsprechende Antwort.

Wolfgang Huste

Auf meine Anregung hin hat die Europaabgeordnete Sabine Wils, DIE LINKE., folgende Fragen an die europäische Kommission gestellt (siehe unten). Die Antwort fiel leider recht vage, eher ausweichend, aus. Die Kommission fühlt sich nicht zuständig. Ich frage mich: Wer ist dann zuständig? Die rostenden Atommüllfässer müssen schnellstens an Land geholt werden, ansonsten droht in den nächsten 5 bis 10 Jahren eine gigantische Ökokatastrophe in Form von verseuchten Meeresfischen und anderem Meeresgetier. Dazu kommen noch die radioaktiven Isotope der damaligen Atombombenversuche in den Meeren, aktuell das radioaktive Kühlwasser von Fukushima und der damalige Fall out von der Tschernobylreaktorkatastrophe.

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004528/2013 an die Kommission Artikel 117 der Geschäftsordnung Sabine Wils (GUE/NGL)

Betrifft: Atommüllfässer im Atlantik

Wie viele Atommüllfässer lagern im Atlantik, die von europäischen Firmen dort bis heute verklappt wurden, und wie will man die rostenden Fässer, die teilweise schon aufplatzen, aus dem Meer holen, deren Herstellungsland feststellen und wo an Land lagern?

Welche Art von radioaktiven Abfällen ist in den Fässern enthalten, und wie hoch ist die Aktivität (Becquerel) der gesamten eingeleiteten Abfälle?

Wie schätzt die Kommission die Auswirkungen der ausgetretenen Radioaktivität auf das maritime Ökosystem und damit auch die Verbraucher ein?

Antwort von Herrn Oettinger im Namen der Kommission (5.7.2013)

1. Das Einbringen radioaktiver Abfälle in das Meer ist bereits seit den 1970er-Jahren aufgrund internationaler Übereinkünfte verboten. Die Überwachung der Einhaltung dieser Übereinkommen fällt nicht in die Zuständigkeit der Kommission.

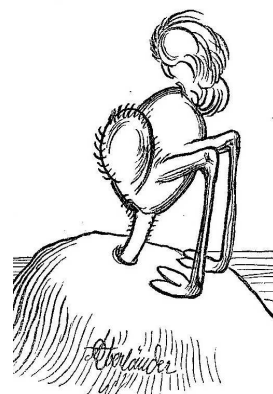
Innerhalb der EU sind die Mitgliedstaaten dafür zuständig, die Radioaktivitätswerte in ihren Hoheitsgewässern (sowie im Boden und in der Luft) kontinuierlich zu überwachen und die Einhaltung der grundlegenden Sicherheitsnormen sicherzustellen.

2. Der Kommission liegen keine Informationen über europäische Vorhaben zur Rückholung radioaktiver Abfälle vom Meeresgrund vor.

3. Die Kommission ist nicht über das Herkunftsland und die Lage der Fässer informiert.

4. Die IAEA hat wichtige Arbeiten zur Zusammenstellung von Daten über die Art der Abfälle und die Höhe der Radioaktivität durchgeführt.

5. Die Kommission hat die Strahlengefährdung der EU durch die Radioaktivität in nordeuropäischen Meeren in einer Studie untersucht. Abgesehen von Freisetzungen von Radioaktivität, die auf Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungsanlagen zurückgehen, wurde im Rahmen der Programme der Mitgliedstaaten zur langfristigen Überwachung in den letzten 30 Jahren keine signifikante Zunahme der Radioaktivität in Meeresgewässern festgestellt.



Steigende Preise - Notizen zu den Stromkosten der privaten Endverbraucher

Energiepolitische Folgen der neoliberalen Grundeinstellung in der SPD-Spitze

Rüdiger Haude

In dem folgenden Beitrag wird gezeigt, wie die in der SPD-Spitze seit Helmut Schmidt und Gerhard Schröder anhaltende neoliberale Grundeinstellung im Zusammengehen mit der CDU nicht nur die Unterschiede zwischen Arm und Reich laufend vergrößert hat, sondern wie diese neoliberale Grundeinstellung die Spitzenpolitiker blind und wehrlos macht gegenüber den sozialen und den ökologischen Gefahren aus der Fortsetzung der Kohle- und Atompolitik.

Die Standardwaffe, mit der seit Jahren gegen die Energiewende in Deutschland angekämpft wird, ist die Forderung, Strom müsse für die Menschen bezahlbar bleiben,

und dieser Grundsatz sei durch die Energiewende, namentlich durch das EEG, in Gefahr.

Dagegen lassen sich gute Argumente anführen, die sich ins Labyrinth der Strompreisbildung und sonstiger volkswirtschaftlicher Lastenverteilungen begeben. Die EEG-Umlage erscheint ausdrücklich auf den Stromrechnungen, während die Milliardensubventionen für schmutzigen Strom anonym aus Steuermitteln aufgebracht werden. Der Merit-Order-Effekt bewirkt, dass der Strompreis an der Strombörse durch den Boom der Erneuerbaren Energien dramatisch gesunken ist, aber dies

geben die Stromversorger nicht an die Endkunden weiter, sondern nutzen es für die Generierung von Extraprofiten. Usw., usw. Gegen die stammtischkompatible Parole „EEG macht den Strom teuer“ haben diese Wahrheiten wenig Chancen: zu kompliziert. Ich möchte diese Frage von einer anderen Seite beleuchten. Dafür habe ich einen Blick in die Dokumentation der Preisentwicklung geworfen, die vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wird. Genauer gesagt, in die „Harmonisierten Verbraucherpreis-Indizes“, die in der Fassung vom Oktober 2013 vorliegen². Auf gut hundert Seiten werden hier für eine Vielzahl von Waren und Dienstleistungen die Preisentwicklungen seit 1995 aufgelistet und gewichtet. Aus mir nicht bekannten Gründen werden dabei die Werte des Jahres 2005 als „100“ gesetzt, und für die anderen Jahre lässt sich so die prozentuale Abweichung von dieser Bezugsgröße ablesen. Der „Harmonisierte Verbraucherpreis insgesamt“ zum Beispiel erreicht für das Jahr 2012 einen Wert von 113,5; das heißt, dass die Verbraucherpreise nach der zugrundeliegenden Berechnungsmethode zwischen 2005 und 2012 um 13,5% gestiegen sind. Das Bezugsjahr 2005 ist für meine Zwecke günstig gesetzt, denn es handelt sich um ein Jahr, in dem durch das EEG generierte Stromkosten noch sehr gering waren: die EEG-Umlage betrug in jenem Jahr 0,63 Cent je kWh, 2012 lag sie bei 3,59 Cent je kWh.³

Die Preisentwicklung für Elektrizität im Haushalt weicht tatsächlich in problematischer Weise vom allgemeinen Preissteigerungsindex ab. Verglichen mit 2005 lag der Wert 2012 bei 143,5. Es kann nicht geleugnet werden, dass dies in einkommensschwächeren Haushalten zu Problemen

führt. Aber es fällt noch etwas anderes auf. Die Statistik listet die Elektrizitätskosten als Unterpunkt einer Kategorie „Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“, zu der außerdem die (nach Energieträgern weiter differenzierte) häusliche Heizenergie zählt. In der Gesamtkategorie wird die Elektrizität mit etwa 40% gewichtet. In dieser Gesamtkategorie beträgt der Wert für das Jahr 2012: 144,6 Punkte. Das heißt: die Heizkosten sind im Durchschnitt schneller als die Stromkosten gestiegen; und sie fallen zudem stärker ins Gewicht.

Die Frage, die sich hier aufdrängt, lautet: Wieso machen weder CDU/CSU noch SPD aus diesem viel bedeutenderen sozialen Problem ein Wahlkampfthema? Wieso hören wir in keiner Talkshow den Satz: „Heizung muss bezahlbar bleiben“?

Die Antwort muss wohl lauten: Weil man damit den großen Energiekonzernen keinen Gefallen tun könnte. Die fossilen Heizkosten (Heizöl, Gas, Kohle – um diese geht es vor allem in der Statistik) fallen nicht unter das EEG. Allenfalls könnte man sagen: Insoweit durch das EEG die Stromproduktion aus fossilen Energieträgern entlastet wird, wird gemäß den Marktgesetzen ein noch dramatischerer Anstieg der Preise für diese Rohstoffe tendenziell verhindert.

Schauen wir auch noch kurz auf das dritte energiebezügliche Kostensegment: die „Kraft- und Schmierstoffe für private Verkehrsmittel“, vulgo 'Sprit'. Die Indexzahl für 2012 lautet hier 135,2. Das ist etwas geringer als bei Strom und Heizung, aber immer noch massiv über der allgemeinen Preissteigerungsrate, um von der Lohnentwicklung in den unteren Schichten der Gesellschaft mal ganz zu schweigen. Und für den Spritpreis kann nun wirklich auch kein EEG als Steigerungsfaktor geltend gemacht werden.

Aus all diesen Zahlen lässt sich doch wohl der Schluss ziehen: Die Zeit der billigen fossilen Brennstoffe geht unwiderruflich zu

2 Statistisches Bundesamt: Preise. Harmonisierte Verbraucherpreisindizes. Oktober 2013

3 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152973/umfrage/eeg-umlage-entwicklung-der-strompreise-in-deutschland-seit-2000/>

Ende. Das hat etwas mit ihrer Begrenztheit zu tun. Es wird immer teurer, die verbliebenen Bestände aus immer schwerer auszubehutenden Lagerstätten zutage zu fördern. (Von den vergesellschafteten Kosten der Folgewirkungen – Umweltzerstörung, Klimakatastrophe, internationale Rohstoffkriege usw. – soll diesmal nicht die Rede sein; die müssen ja an anderer Stelle bezahlt werden als auf der Strom-, Gas- oder Tankrechnung.) Wer – wie aktuell Herr Altmeier und Frau Kraft, Frau Merkel und Herr Gabriel – in dieser Situation eine bereits erfolgreich begonnene Energiewende zerstört, handelt nicht verantwortungsvoll. Geradezu aberwitzig ist es aber, diese Sabotage der Energiewende mit „Bezahlbarkeit“ zu begründen. Wenn in wenigen Jahrzehnten die Preise für fossile Energieträger weiter dramatisch gestiegen sind, dann haben jene Volkswirtschaften (samt den zugehörigen Privathaushalten) enorme Preisvorteile, die rechtzeitig auf regenerative Energien umgeschwenkt sind. Diese Chance zu verspielen, ist ein geradezu strafwürdiges Verhalten!

Das ändert nichts an den heutigen Nöten ärmerer Haushalte. Für deren Armut ist jedoch nicht das EEG verantwortlich, sondern dieselbe neoliberale Politik, die heute das EEG zerstört. Wenn Union und SPD die Energiewende mit dem Argument der verbreiteten Armut bekämpfen – einer Armut, die sie höchstselbst herbeigeregelt haben – dann ist das einfach nur schäbig! Wer hält sie denn davon ab, die häuslichen Energiekosten (Heiz- und Stromkosten) der einkommensschwächeren Haushalte komplett über das Wohngeld abzufedern? Wer hindert sie daran, ein Energiegeld auszugeben? Wer zwingt sie, diese absurden und wohl auch illegalen Umlagebefreiungen für die größten CO₂-Schleudern und ihre energiehungrigen Kunden beizubehalten? Wer hat ihnen z.B. den Floh ins Ohr gesetzt, ausgerechnet den Braunkohle-

gebau von der EEG-Umlage zu befreien? Solche Fragen ließen sich noch ein, zwei Seiten lang fortsetzen.

Offiziell begründet wird die Umlagebefreiung mit dem Argument, es müssten im internationalen Wettbewerb Arbeitsplätze geschützt werden. Wie stimmig dieses Argument ist, mögen die folgenden Zahlenbeispiele verdeutlichen:

Im Jahr 2013 sind 2245 stromintensive Unternehmen von der EEG-Umlage befreit. Insgesamt werden sie in diesem Jahr mit 4 Milliarden Euro dafür subventioniert, dass sie besonders viel Strom verbrauchen.⁴

Von den über 90.000 Gigawattstunden, die so subventioniert werden, entfallen z.B. 4.000 Gigawattstunden auf den Aluminiumhersteller Trimet. Dieser beschäftigte im Jahr 2011/12 nur 1875 Mitarbeiter. Da knapp 180 Millionen Euro Subventionen durch Umlagebefreiung auf diese Firma entfallen, errechnet sich eine **Subvention pro Arbeitsplatz in Höhe von ca. 95.000 Euro jedes Jahr**. Mit demselben Geld könnte man in anderen Branchen ein Vielfaches an Arbeitsplätzen generieren – es ist schlichtweg verschwendet.⁵

Nun ja, wir ahnen schon, wer das alles tut. Wir ahnen, wer bei dieser obszönen Vorstellung vorWEggeht, und wer sich am Nasenring durch die Staatskanzleien und Kanzlerämter ziehen lässt. Wir dürfen nicht aufhören, mit Fingern darauf zu zeigen. Eine solche Politik muss für die Parteien, die sie zulassen, politisch so teuer werden, dass das schiere Überlebensinteresse sie zwingt, Vernunft vor Lobbygehorsam walten zu lassen.

4 vgl. <http://www.solaranlagen-portal.com/blog/eeg-umlagebefreiung-von-stromintensiver-industrie-wird-gepruft/>

5 s. http://de.wikipedia.org/wiki/Trimet_Aluminium_AG oder <http://www.solarindustrie.com/eu-eeg-umlagebefreiung-auf-unerlaubte-beihilfe-prufen-361/>

Zum Beitrag von Sabine Wils in der Tarantel 62 erreichte uns folgender

Leserbrief

Viktor Matz

Liebe Genossen,
ich bin leider nicht überrascht, die herrschende Meinung über Agrarrohstoffe auch in der Tarantel zu lesen.

Richtiger wird es dadurch aber nicht:

1. Flächenkonkurrenz von landbasierten Agrarrohstoffen zu Nahrungsmitteln ist kein „Spritproblem“. Auch als es noch keinen Anbau von Zucker oder Ölpflanzen zur Treibstoffherstellung gab, wurde Lebensmittelproduktion für die Armen durch Lebensmittelproduktion für die Reichen ersetzt: Statt Getreide für das Couscous der Marokkaner werden Tomaten für Frankreich gezüchtet, statt Reis oder Kartoffeln für die Peruaner gibt es halt jetzt peruanischen Spargel bei EDEKA.
2. großflächiger Landraub ist auch deutlich älter als Benzinherstellung aus Agrarprodukten und Resultat einer gewollten nicht existierenden Dokumentation der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande, die es den Mächtigen erlaubt, sich legal die Länder der Schwachen mit Einsatz der örtlichen Justiz und Polizei oder notfalls auch des Militärs anzueignen.
3. Förderung sozialen Elends durch Ausbeutung ist seit Jahrhunderten Standard. Was hat das bitte mit Agrarsprit zu tun?
4. Die kritische ganzheitliche Betrachtung der Klimabilanz. Ein schöner Satz mit viel Leerformelcharakter. Könnte auch Brüderle gesagt haben.

Ursächlich für Elend und Umweltsauereien ist nicht E10, sondern sind die Macht- und Besitzverhältnisse. Richtig ist, dass Agrarsprit das Problem unter den derzeitigen

Spielregeln eher verschärft als mildert. Bei einer weltweit anderen Agrarpolitik könnte Agrarsprit zum Problemlöser werden. Ich wage zu behaupten, dass jedes einzelne Freihandelsabkommen mehr Umweltzer-



störung und Elend erzeugt, als die gesamte Agrarspritproduktion.

Eine Erhöhung der Inlandspreise für Nahrungsmittel, die Bauern dazu veranlasst, auf dem Land zu bleiben oder dorthin zurückzukehren, wäre, trotz vorübergehender Hungerproblematik in den Städten, langfristig für die Menschen besser als die jetzige Situation, die nur dazu führt, dass niedrige Nahrungsmittelpreise durch niedrige Löhne kompensiert werden und lokale Kapitalakkumulation für die Entwicklung unterbunden wird.

Mein persönliches Fazit: Agrarsprit und Armut und Umweltzerstörung sind nur über dritte Mechanismen wie z.B. Freihandelsabkommen verknüpft, sonst aber unabhängig. Ich tanke weiterhin mit gutem Gewissen E10 in den Leihwagen.

Servus Viktor

Einen Eindruck aus betroffener Sicht vermittelt das folgende Interview.

In den nächsten Jahren haben wir zwei Kämpfe - um Land und um Saatgut!⁶

Kleinbauernkoordinator Luis Muchanga über die Lage der kleinen Farmer in Mosambik

Großflächige Landnahmen, sogenanntes *land grabbing*, bedrohen in Mosambik die Ernährungssicherung. Jedoch auch neue Regulierungen für Saatgut verschärfen die Situation. Mit dem nationalen Koordinator der Kleinbauernbewegung UNAC, Luis Muchanga, sprach für nd Andreas Bohne, Projektmanager bei SODI e.V., im November in Maputo.

nd: Warum ist gerade Mosambik eines der Hauptländer für Land Grabbing (Landraub)?

Muchanga: Dafür gibt es viele Gründe. Einer ist, wie die mosambikanische Regierung die Situation darstellt. Auf Treffen mit Investoren wird gesagt, dass nur fünf Prozent der Flächen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Dadurch erhalten Investoren die Sichtweise, dass es viel freies und unbebautes Land gibt. Aber das stimmt so nicht. Ein zweiter Grund liegt darin, dass Investoren von finanziellen Anreizen profitieren. Einmal erzählte mir ein Investor, dass er keine Steuern zahlen muss. Das ist natürlich reizvoll.

Oftmals geht Land Grabbing mit dem Export eines agrarindustriellen Modells einher? Trifft das auch für Mosambik zu?

Genau. Das Modell, das sich hinter Land Grabbing versteckt, ist ein agrarindustrielles Modell mit der entsprechenden Nachfrage nach Land. Dabei geht es weniger um die Produktion von Nahrungsmitteln, sondern um Exportgüter wie Holz, Baumwolle oder Tabak. Das ist aber nicht die Nachfrage der mosambikanischen Bevölkerung, sie benötigt Nahrungsmittel. Die Perspektiven der Investoren und die Bedürfnisse der Mosambikaner unterscheiden sich deutlich.

Im vergangenen Jahr vertraten Sie die These, dass sich der Prozess von Land Grabbing in Mosambik abschwächt. Wie schätzen Sie die Situation aktuell ein?

Land Grabbing nimmt in Mosambik wieder zu, das betrifft sowohl die Anzahl der Investoren als auch der Projekte und damit natürlich auch die gesamte Fläche. Ein Beispiel: In den letzten Jahren sprachen wir überwiegend über die Provinzen Tete, Niassa und Zambezia. Jetzt müssen wir auch die Provinzen Cabo Delgado und Nampula mit aufnehmen.

Welche Möglichkeiten haben lokale Gemeinschaften, sich gegen Land Grabbing zu wehren? Wie kann UNAC als soziale Bewegung und Nichtregierungsorganisation unterstützen?

Wir haben mehrere Möglichkeiten. Wichtig ist vor allem, die lokalen Gemeinschaften durch Training und auf Treffen über Land Grabbing aufzuklären. Dazu organisieren wir auch Erfahrungsaustausche, unter anderem mit der brasilianischen Landlosenbewegung. Dadurch erfahren die Betroffenen, wie sie sich wehren und selbst vertreten können. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass alle sozialen Bewegungen mit einer Stimme sprechen und gemeinsam Alternativen für die Zukunft entwickeln und vorschlagen müssen. Ferner ist es natürlich unsere Aufgabe, die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten zu unterstützen, sei es

⁶ Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors aus dem nd 07.12.2013

durch Marktzugang, durch Bereitstellung von Saatgut und Geräten. Wenn wir Kleinbäuerinnen und -bauern darin unterstützen, in ländlichen Gebieten zu bleiben und ihre Lage zu verbessern, dann setzen sie auch den Kampf fort.

Im Mai 2012 wurde die G8-Initiative »Neue Allianz für Nahrungssicherheit und Ernährung in Afrika« ins Leben gerufen. Ziel ist es, die »Grüne Revolution« mit Unterstützung des Agrobusiness zu transportieren. Wie schätzen Sie die Initiative für Mosambik ein?

Für uns sind die Aussichten nicht gut. Wir wissen von den Folgen der »Grünen Revolution« in Asien. Wir wissen vom Einfluss von Unternehmen wie Monsanto und Pioneer in verschiedenen Ländern. Viele Kleinbäuerinnen und -bauern geraten durch den Saatgutkauf in die Schuldenfalle. Die Zukunft wird für uns kompliziert. Ein Beispiel: Bisher ist der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Mosambik verboten. Wird das auch in Zukunft so bleiben? Das ist alles andere als sicher.

Insbesondere in den mosambikanischen Saatgutsektor will die G8-Initiative eingreifen, unter anderem soll die freie Verteilung von Saatgut reduziert werden. Auch auf Ebene der Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft SADC gibt es Ansätze, die Regulierungen zu verschärfen. Wie schätzen Sie das ein?

Das sehen wir als sehr problematisch an. Kleinbäuerinnen und -bauern in Mosambik haben mit Saatgut eine Ressource. Ein großer Teil des Saatguts in Mosambik und im südlichen Afrika wird unter Kleinbauern ausgetauscht und gezüchtet. Die neuen Regelungen können den freien Austausch und den Nachbau von Saatgut verhindern.

Wie sehen Sie die Perspektiven für Mosambiks Kleinbauernwirtschaften in den kommenden Jahren?

Derzeit führen wir einen Kampf um das Land. Das wird sich in den nächsten Jahren mit Sicherheit ändern, dann werden wir zwei Kämpfe haben, um Land und um Saatgut. Wenn die Farmer in Mosambik auch nur einen dieser Kämpfe verlieren, dann sind sie tot.

Bücherecke

Ungebremst in die Vielfachkatastrophe

**Marko Ferst führte ein Interview mit Prof. Götz Brandt, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei DER LINKEN:
Warum ökologische Wahrheiten für die Politik unbequem sind.**

Ferst: Du hast ein neues Buch zur Verflechtung der verschiedenen Krisenfaktoren geschrieben, etwa der Finanzspekulationen mit Verwerfungen des Klimas und zur Neige gehenden Rohstoffvorräten, nicht nur beim Öl. Was ist das Anliegen?

Brandt: Die auf uns zukommende Vielfachkatastrophe wird von den Politikern aller Parteien in ihrer Gefahr für den Fortbestand der Menschheit entweder als politisches Problem nicht wahrgenommen oder in seiner Bedeutung heruntergespielt. Da ist es notwendig, dazu eine politische

Streitschrift zu veröffentlichen, denn innerhalb einer einzigen Generation kann es zu apokalyptischen Zuständen kommen.

Welche Komponenten hat die vorhergesagte Vielfachkatastrophe?

Allen voran ist die Erderwärmung zu nennen, die bereits nach Meinung vieler Wissenschaftler den Kipp-Punkt überschritten hat und irreversibel geworden ist. Aber auch das Artensterben, die Entwaldung, die Wüstenbildung, die Erschöpfung der Fischreserven der Ozeane, die Luftver-

schmutzung, die Wasserknappheit- und -verschmutzung, die Bodenerosion, der Peak Oil und die Weltnahrungsmittelkrise sind Komponenten dieser Vielfachkrise, deren Zusammenwirken und Potenzwirkungen weitgehend unerforscht sind.

Warum sagt denn keine Partei den Wählern die Wahrheit über die Zukunft ihrer Kinder und Enkel?

Die Legislaturperioden sind im Verhältnis zu den langfristig wirkenden Krisenerscheinungen zu kurz, um das als politisches Problem bei den Wählern vermarkten zu können. Niemand will sich mit Unkenrufen unbeliebt machen. Es ist auch schwer vermittelbar, dass es in Zukunft mit dem Wohlstand ständig bergab gehen wird. Deshalb sind alle Parteien damit beschäftigt, Vorschläge zu machen, wie denn das Ende des Industriekapitalismus aufzuhalten und man diesen stabilisieren kann. Der Untergang unserer Zivilisation wird nicht thematisiert, obwohl das im Mittelpunkt jeder Politik stehen müsste. Da macht auch DIE LINKE keine Ausnahme.

Wann wird denn die Vielfachkatastrophe gravierenden Auswirkungen auf unser Leben haben?

Die genannten Komponenten der Vielfachkatastrophe werden bereits in den kommenden Jahrzehnten wirken, beginnend vor allem in den Ländern, die sie nicht verursacht haben etwa in Afrika und Südostasien. Im vergangenen Sommer war der arktische Ozean soweit von Eis befreit wie nie zuvor, aktuelle Hochwasserfluten hatten auch mit Starkregen zu tun und dieser mit höheren Temperaturen. Dass schon im Vorfeld der Klimakatastrophe die Finanzmärkte und Währungen erodieren und dann zusammenbrechen werden, ist fast vorhersehbar.

Ist an der Vielfachkatastrophe der Industrialismus schuld oder das kapitalistische Wirtschaftssystem?

Die Strategen des Kapitals wollen uns weismachen, dass in erster Linie der nimmersatte Konsument die Natur schädigt und wenn dieser sich einschränkt, die Welt gerettet werden kann. Aber Schuld an den zukünftigen Krisen ist zugleich der Kapitalismus als Wirtschaftssystem. Die Jagd nach dem Maximalprofit kennt keine Rücksichten auf die Natur und die Menschen. Die Beanspruchung der Naturressourcen ist für den Kapitalisten gratis, es sind, wie Marx schon erkannte, für ihn „Gratisnaturproduktivkräfte“. Alle Schäden in der Natur, die von der Industrie angerichtet werden, soll der Staat reparieren und bezahlen. Die Globalisierung vertiefte und beschleunigte diesen Prozess der Naturzerstörung. Der Industrialismus war auch in den sozialistischen Ländern eine der Ursachen der dortigen Krise und der kapitalistische Industrialismus führt die Katastrophen noch schneller und in massiverer Form herbei.

Früher oder später werden die internationalen Handelsstrukturen zusammenbrechen, weil es auf Grund des Ölmangels und höherer Ölpreise keinen billigen Transport mehr gibt. Wie kann man die Gesellschaft darauf vorbereiten?

Die Exportnation Deutschland wird es besonders hart treffen, weil wir sowohl beim Import von Energieträgern als auch von Rohstoffen stark vom Weltmarkt abhängig sind. Zumindest in der Energiegewinnung könnte sich Deutschland schnell auf erneuerbare Energieträger umstellen, weil sowohl die Industriekapazität als auch das technische Knowhow vorhanden sind. Die Regierung genehmigt aber, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Auch könnte sich die Landwirtschaft schnell umstellen, um eine autarke Lebensmittelversorgung zu sichern. In der DDR war es möglich, die Bevölkerung aus eigener

Landwirtschaftsproduktion zu versorgen. Das ist heute von der Regierung nicht gewollt. Das Beispiel der Entwicklung und Produktion von Elektroautos, die mit erneuerbarer Energie getankt werden, zeigt, dass weder die Industrie noch die lobbygeleitete Regierung das ernsthaft wollen. Die Autoindustrie ist nicht einmal bereit, vorrangig 3-Liter-Autos zu produzieren.

Was rätst du jungen Leuten, die in DER LINKEN ökologisch-soziale Positionen voranbringen wollen?

In der Jugendorganisation Solid gibt es viele Mitglieder, die aus einer antikapitalistischen Grundeinstellung heraus ökologische Standpunkte vertreten. Ich rate, sich zu informieren, wie das Kapital systematisch und zunehmend unsere Lebensgrundlagen zerstört, und darauf aufbauend breite Schichten der Jugend zum antikapitalistischen Kampf nicht nur gegen die Finanzwelt oder für soziale Gerechtigkeit zu begeistern, sondern auch für den Kampf um den Erhalt unserer Biosphäre und damit der langfristigen sozialen Sicherheit.

Durch die Bundestagswahl haben wir gewiss keine Ökokanzlerin bekommen. Wäre es anders, was sollte vordringlich umgesetzt werden?

An erster Stelle müsste die erneuerbare Energie innerhalb von zehn Jahren die Versorgung mit Strom zu 100 % sichern. Parallel dazu gehört der Neubau von Kohlekraftwerken verboten. Alle restlichen Atomkraftwerke sind stillzulegen und zurückzubauen. Die Stromerzeugung aus Kohle und Uran gehört untersagt, so sollte es im Grundgesetz stehen. Der Ausbau des ÖPNV muss absoluten Vorrang haben, die weitere Zerschneidung der Landschaft durch Autobahnen und Straßen unterbunden werden. Elektroautos und Pedelecs, getankt mit erneuerbarem Strom, sollten dort eingesetzt werden, wo der öffentliche Verkehr nicht hinkommt. Benzinautos müssen von der Straße verschwinden. Der Wehretat kann mindestens um die Hälfte reduziert werden und die freiwerdenden Mittel für die genannten Aufgaben eingesetzt werden.

Götz Brandt: **Leben in der Vielfachkatastrophe**, Edition Zeitsprung, Berlin 2013, 288 Seiten, 18,90 €, ISBN 978-3-7322-4001-2

Quelle: Disput, September 2013

Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus.

Rezension von Götz Brandt

Dieter Klein, oft als Chefideologe der Rosa-Luxemburg-Stiftung bezeichnet, hat sich in diesem Buch einem problembeladenen Thema zugewendet: Strategie und Taktik der politischen Linken bei der Veränderung des Kapitalismus hin zu einer sozialökologischen Veränderung. Er benutzt nicht den Begriff der Revolution oder der Reform, sondern wählt den Begriff Transformation. Transformation wird heute auch als „diffus-unverbindlicher Allerweltsbegriff“ für eine angebliche ökologische Modernisierung des Kapitalismus gebraucht. Der antikapitalistische Inhalt dieses Begriffes wird



dadurch entsorgt. Klein benutzt diesen Begriff dagegen im Sinne des Chemnitzer Grundsatzprogramms von 2003. Er ist der Auffassung, dass der Kapitalismus nach wie vor reformfähig ist zu „systeminternen und systembe-

währenden Reformen“ und daher wäre es möglich, dass ein „sozial und ökologisch regulierter Kapitalismus“ herbeigeführt werden könne. Das wäre dann die „kleine Transformation“, der eine „große Transformation“ zu einem alternativen Gesellschaftssystem, einem „demokratischen grünen Sozialismus“ folgen kann, also eine doppelte Transformation. Untersucht wird die Frage, ob eine Transformation durch Reformen oder durch Revolution erfolgen kann. Bisher war man der Ansicht, dass Reformen das bestehende kapitalistische System nur ändern aber nicht beseitigen können, um dem Sozialismus Platz zu machen. Das könne nur durch eine Revolution bewerkstelligt werden. Klein ist dagegen der Auffassung, dass im Kapitalismus durch Reformen die Macht des Finanz- und Monopolkapitals zurückgedrängt werden kann, was allerdings eine fundamentale Veränderung der politischen Machtverhältnisse voraussetzt. Es könnten dann Reformen mit revolutionärer Qualität erreicht werden. Es wird die Frage aufgeworfen, ob eine moderne Industriegesellschaft überhaupt durch eine Revolution umgestaltet werden kann, „zu gigantisch sind die Herausforderungen“. Andererseits werden zahme Reformen keine Veränderungen bringen, sie müssen einen revolutionären Inhalt haben. Eine realistische Einschätzung der Lage.

Die gegenwärtigen Tendenzen einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft, wie zum Beispiel kommunales Eigentum, Non-Profit-Sektoren, Genossenschaften, Sozialstaatlichkeit und Open-Source-Bewegungen müssen aus der Integration in den ihnen wesensfremden Kapitalismus befreit werden. Das Morgen könnte dann beginnen, im Heute zu tanzen. Die sozialökologische Gegenlogik als Antwort auf die sich vertiefenden Widersprüche des Kapitalismus ist ihrer Natur nach antikapitalistisch und kann

in eine, so hofft Klein, sozialistisch radikal humanisierte Entwicklung umschlagen.

Mit dieser Strategie und Taktik hätte die Linke ein alternatives Gesellschaftsprojekt, das sie marktradikalen Strukturen entgegensetzen könnte. Klein entwirft 5 Szenarien einer möglichen Zukunft: 1. Ein neoliberales „Weiter so“ trotz jüngster mehrfacher Krisen folgt dem jetzigen Pfad der Finanzialisierung, die Regulierung, Privatisierung und Liberalisierung. 2. „Weiter so“, noch autoritärer und noch entzivilisierter ist ein Entwicklungspfad, der sich in der Realität bereits abzeichnet (Tea-Party-Bewegung in den USA). 3. Staatsinterventionistisch modifizierter und grün modernisierter neoliberaler Kapitalismus würde durch Finanzmarktregulierung und ökologischer Modernisierung eine Veränderung des Neoliberalismus bedeuten. Das gegenwärtige Abwürgen der Energiewende führt zurück zum zweiten Szenario. 4. sozial und ökologisch regulierter postneoliberaler Kapitalismus (Green New Deal) ist nur bei veränderten politischen Kräfteverhältnissen möglich, könnte aber zu einem linken Gesellschaftsprojekt hinführen, in dem Teile der Kapitalstruktur entmachtet werden. Die gegenwärtige Profitdominanz verschließt diesen Weg, solange nicht die bestehenden Grundstrukturen des Kapitals in Gefahr sind. Dieses Szenario bleibt aber die einzig mögliche innerkapitalistische Transformation hin zu Fortschritten bei der Krisenbewältigung. 5. Solidarische gerechte Gesellschaft in Einklang mit der Natur, also ein „demokratischer grüner Sozialismus“, wäre ein Richtungswechsel auf antikapitalistischer Grundlage. Ein zusammenfassendes Gesellschaftsprojekt auf diesem Pfad fehlt der Linken in Europa. Im Gegen-Projekt der Linken muss die freie Individualität, gegründet auf der universellen Entwicklung der Individuen (Marx), das Bestimmende sein. Aus dieser Zielstellung lassen sich vier Leitideen ableiten, die im Zusammenhang

stehen und sich wechselseitig beeinflussen: 1. Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht. 2. Sozialökologischer Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft. 3. demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. 4. umfassende Friedenssicherung und internationale Solidarität. Für diese Leitideen werden Forderungen aufgezählt, die im Kapitalismus durchgedrückt werden müssen. Auffällig ist, dass bei den vier Leitideen die Eigentumsverhältnisse und ihre Veränderung nicht angesprochen werden. Das wird mit dem Begriff „Macht“ umschrieben. Später auf Seite 82 kommt Klein zur Einschätzung, dass „Umverteilung von Lebenschancen auch die Umverteilung von Macht und Eigentum erfordert“.

Klein hofft, dass der „große Umverteilungsprozess bereits in einer sozial-ökologisch regulierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erheblich vorangetrieben werden kann“. In Chile war dieser Weg von Allende beschritten worden mit konterrevolutionärem Ausgang. Bei der sozialökologischen Umgestaltung stützt sich Klein auf den von der Bundestagsfraktion DER LINKEN ausgearbeiteten „Plan B“ (2013). Interessant ist die Neuformulierung des „Kommunistischen Manifestes“ unter Berücksichtigung der gewachsenen Rolle der Naturzerstörung durch das Kapital (S. 87). Das ist eine Leitlinie für grüne Linke. Klein kommt zu der Feststellung: „Wer in der Pluralen Linken die Zentralität dieser doppelten Befreiung (des Menschen und der Natur) nicht begreift und einseitig an der sozialen Frage festhält, als sei diese Frage nicht längst zu einer sozial-ökologischen Frage geworden, manövriert die Linke ins Abseits und verkennt die wirkliche gesellschaftliche Problemlage“ (S. 90).

Klein nimmt auch Stellung zum Wirtschaftswachstum, das generell abzulehnen ist, wenn die Natur erhalten werden soll. Es wäre aber notwendig, um eine linke Wirt-

schafts- und Beschäftigungspolitik zu betreiben und um ein klimaverträgliches Wachstum durch Investitionen zu ermöglichen. Bisher hat DIE LINKE eine Politik der radikalen Reduzierung des Stoff- und Energiedurchsatzes nicht ansatzweise versucht. Klein gibt viele Beispiele zur solidarischen Lebensweise, die den Übergang vom Primat des Kapitalreichtums zum Vorrang des „menschlichen Reichtums“ (Marx) kennzeichnet. Die demokratische Umgestaltung der Wirtschaft beginnt praktisch bei null, denn die Machteliten haben die Demokratie bisher aus der Wirtschaft herausgehalten. Ansätze der „Selbstermächtigung“ bei Selbstorganisation sind aber vielfach zu beobachten, insbesondere dann, wenn wichtige konkrete Interessen von Menschen verletzt werden. Eine Einflussnahme von Belegschaften auf die Technologie und die erzeugten Produkte im Betrieb ist nicht Gegenstand der Untersuchungen von Klein zur Wirtschaftsdemokratie.

Klein wirft das Problem der Herausbildung einer solidarischen Gesellschaft in Zusammenhang mit der Volkswirtschaftsstruktur und den internationalen Austauschprozessen auf, das mit der Abkehr von umweltbelastenden Technologien und Produkten und einem Neubau der nationalen und internationalen Wirtschaftsstrukturen verbunden werden muss. Im Einzelnen werden Vorschläge gemacht, die einen Übergang von der erweiterten Reproduktion zur einfachen Reproduktion ermöglichen.

Eine Änderung volkswirtschaftlicher Proportionen kann nur durchgesetzt werden, wenn der Markt reguliert wird. Gegenwärtig macht insbesondere der von der Produktionssphäre unabhängige Finanzmarkt einen Strukturwandel unmöglich. Hier versagt der Markt vollkommen. Wesentliche stoffliche Strukturen der Reproduktion müssen zukünftig deshalb politisch gestaltet werden. Wenn der Profit als Steuerungselement wegfällt, dann wird die neue Regulati-

onsweise ein langwieriger Such- und Lernprozess. Regulierung und Selbstregulierung über die Märkte müssen deshalb kombiniert werden. Eine partizipative Demokratie ist dabei Voraussetzung. Eine zentralistische Planung ist bei einem solchen Strukturwandel überfordert. Eine umfangreiche Problem-Sammlung bietet die Arbeit von Klein, ohne dabei fertige Lösungen vorzuschlagen.

Linke Strategie besteht nach Klein darin, eine Transformation vom neoliberalen zum sozial und ökologisch regulierten Kapitalismus anzustreben. Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen bei der Lebensqualität der Bevölkerung genügen nicht. Die Profitdominanz muss abgebaut werden. Erst dann kann die zweite große Transformation zum Sozialismus erfolgen. Die Linke muss sich auf eine lange Dauer eines solchen Transformationsprozesses einstellen, so, wie es der „Plan B“ der Bundestagsfraktion

Derrik Jensen: „Das Ökomanifest“

Rezension von Wolfgang Wippler

Das Buch hat den Untertitel: „Wie nur 50 Menschen das System zu Fall bringen und unsere Welt retten können“.

Mit dem Begriff „System“ meint Jensen nicht explizit den Kapitalismus, sondern unsere – vom Menschen erschaffene, weiterverbreitete und von fast allen Staaten übernommene – vorherrschende industrielle Zivilisation. Und damit meint er es wirklich ernst. In dieser Ansicht bekommt er Unterstützung von Albert Einstein, den er auch zitiert: „Unser ganzer gepriesener Fortschritt der Technik, überhaupt der Zivilisation, ist der Axt in der Hand des pathologischen Verbrechers vergleichbar.“

Interessanterweise kommt der Ökonom Dieter Klein in seinem neuesten Buch „Das Morgen tanzt im Heute“ zu gleichen Einsichten, wenn er schreibt: „Aber wenn die Grundverfasstheit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr tauglich zur

ähnlich vermutet. Die linken Strömungen in Deutschland, Europa und weltweit müssen sich zusammenschließen, um wirksam werden zu können.

Linke Politiker müssen Kleins Buch unbedingt lesen. Es werden nämlich viele Handlungsräume und Probleme für einen sozial-ökologische Umgestaltung im Kapitalismus aufgezählt und Anleitung gegeben, wie linke Politik zu gestalten wäre. Zahlreiche „Einstiegsprojekte“ geben linker Politik die Felder vor, die zu bestellen sind. Notwendig ist dafür eine Erneuerung der politischen Kultur der Linken, damit Beschuldigungen, Diffamierungen und Ausgrenzungen endlich aufhören. Die kleine und die große Transformation könnten die linken Strömungen einigen.

Dieter Klein: **Das Heute tanzt im Morgen. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus**
VSA Verlag, 2013, Preis 16,80 €, ISBN 978-3-89965-568-1

Bewältigung der Probleme unserer Zeit ist, reicht auch die Summe vieler einzelner Reformprojekte allein nicht aus, um zukunftsfähig zu werden, dann steht das Ganze zur Disposition.“ (Hervorhebung W. Wippler)

Am Beginn seiner Darlegungen stellt Jensen 20 Prämissen auf, die er in seinem umfangreichen Werk quasi abarbeitet.

Als Beispiele seien einige genannt:

Pr. 1: Die industrielle Zivilisation ist nicht nachhaltig und kann es niemals sein.

Pr. 3: Die industrielle Zivilisation erfordert für ihren Erhalt permanente und allumfassende Gewalt.

Pr. 5: Das Eigentum derjenigen, die in der Hierarchie oben stehen, ist wertvoller, als das Leben derjenigen, die unter ihnen stehen.

Pr. 7: Je länger es dauert, bis die Zivilisation zusammenbricht, ... desto chaotischer

wird der Zusammenbruch verlaufen und desto schlimmer wird es allen ergehen, die ihn erleben und danach kommen.

Pr. 18: Unser derzeitiges Selbstverständnis ist ebenso wenig nachhaltig, wie unsere derzeitige Nutzung von Energie oder Technologien.

Pr. 20: Nicht das Wohlergehen der Gemeinschaft, nicht moralische Grundsätze, nicht Ethik, nicht Gerechtigkeit, nicht das Leben selbst sind in dieser Kultur der Motor sozialer Entscheidungen, sondern wirtschaftliche Erwägungen. ...

Haupttriebkraft für seinen Kampf ist die Wiederherstellung einer intakten Natur (soweit dies noch möglich ist), und Jensen macht das immer wieder an den Lachsen klar, seinem Symboltier, die überall dort wieder sein sollen, wo es sie früher gegeben hat. Diesem Ziel stehen menschliche Bauwerke (Staudämme, Talsperren u.ä.) im

Wege, die deshalb alle beseitigt werden müssen, egal, ob auf friedlichem Wege oder mit Gewalt.

Leider befleißigt sich der Autor eines umständlichen Schreibstils, der sich vor allem in ständigen Wiederholungen und Rückgriffen auf sein Grundanliegen auszeichnet, die Rückkehr der Lachse (und aller anderen Fische und vom Menschen bedrohter Tier- und Pflanzenarten) in ihre angestammten Territorien und eine Beendigung der (unzulässigen – das bedeutet bei ihm fast aller) Eingriffe des Menschen in die Natur. Dadurch liest sich das Buch etwas schwer.

Aber es ist in seiner Diktion ein konsequentes und darum sehr provozierendes Werk und zur Lektüre zu empfehlen – schon, um zu erfahren, wie die 50 Menschen unserer Zivilisation der Garaus machen sollen.

Derrick Jensen: „**Das Ökomanifest**“, Piper Verlags GmbH München 2009, 512 S., 24,95€

Vom Konsumismus zur „Freiwilligen Einfachheit“

Leseprobe von Burkhard Bierhoff

Von Richard Gregg wurde 1936 ein Leitkonzept formuliert, das einen „einfachen Lebensstil“ als Alternative zum Leben in der modernen Gesellschaft mit ihrer Massenproduktion und -konsumtion beschreibt. Greggs Grundgedanke war, auf der Grundlage buddhistischer Werthaltungen einen kulturspezifischen Beitrag zu einem einfachen Leben zu leisten, das weder von Askese geprägt ist noch auf heteronomer Triebkontrolle und Unterdrückung gründet. Seit den 1970er Jahren wurde die Idee der „freiwilligen Einfachheit“ u.a. von Duane Elgin weiterentwickelt. Da mit dem Zurückschrauben des Überkonsums eine höhere Lebenszufriedenheit erfahren wird, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten der Kreis dieser Menschen vergrößert.

Auch Bahro plädierte entschieden für einen einfachen Lebensstil: „Nur bei einem auf Subsistenzwirtschaft gegründeten Lebens-

stil freiwilliger Einfachheit und sparsamer Schönheit können wir uns, wenn wir außerdem unsere Zahl begrenzen, auf der Erde halten.“

Der einfache Lebensstil beinhaltet eine gesunde, umweltbewusste, regional ausgerichtete, vielseitige, vegetabile Ernährung mit weitgehendem Verzicht auf Fleisch und Wurstwaren. Präferiert werden Produkte vom lebenden Tier, das artgerecht und umweltbewusst gehalten wird.

Als ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem einfachen Lebensstil wird erachtet, ohne die Banalität von stundenlangem Fernsehkonsum auszukommen. Werbung gilt als verzichtbar, da sie nicht nur über neue Produkte informiert, sondern diese als erstrebenswert darstellt und so Bedürfnisorientierungen erzeugt, die auf ihren Erwerb ausgerichtet sind.

Die entscheidende Frage in Bezug auf den einfachen Lebensstil und seine Realisierungschancen liegt jedoch darin, ob in der gegenwärtig verbreiteten Lebensführung Veränderungen aufzufinden sind, die deutlich und zunehmend in Richtung ökologischen Problembewusstseins und einer neuen Bescheidenheit verweisen.

Am bekanntesten sind die Untersuchungen des Marktforschers und Soziologen Paul H. Ray, der zusammen mit Sherry Ruth Anderson neben den Traditionalisten und den Modernisten ein neues Lebensstilsegment empirisch beschrieben hat, dessen Angehörige er als Kulturell Kreative bezeichnet. Als Typ eines neuen Konsumenten wurde, ebenfalls von Ray, zuerst in den USA dann auch in Deutschland, in empirischen Untersuchungen der LOHAS-Typ entdeckt. Die LOHAS fungieren als ein Sammelbegriff für neue Lebensstile und die entsprechenden Konsumenten, die sich an Gesundheit und Nachhaltigkeit orientieren (LOHAS = Lifestyles of Health and Sustainability).

Dieser postmoderne Typ des Konsumenten zeigt sich ich-orientiert, unabhängig, umweltbewusst, gesundheitsorientiert und präferiert Bio-Produkte. In ihm werden einige Tendenzen gebündelt, die im Sinne des zielgruppenorientierten Marketings als „nachhaltig“ bezeichnet werden. Zu hinterfragen ist jedoch der einseitige und verzerrende Gebrauch der Leitbegriffe „Gesundheit“ und „Nachhaltigkeit“, denn „Nachhaltigkeit“ wird als Trend kommerzialisiert und als Lebensgefühl vermarktet. Die im Marketing neu entdeckten Lebensstile „LOHAS“ sind nicht schon deshalb alternativ, weil deren Anhänger im Bio-Supermarkt Lebensmittel kaufen, die durch eine ansprechende Verpackung auffallen und Gesundheit und Nachhaltigkeit versprechen. Im Marketing geht es nicht um die Förderung von Nachhaltigkeit, sondern um die verkaufsträchtige Aufnahme der Nachhaltigkeitsidee, nicht aus Umweltengage-

ment, sondern aus Gründen der Vermarktung, um im Trend zu liegen. Ebenso wenig geht es den meisten Verbrauchern primär um Nachhaltigkeit, sondern um ein Konsumniveau mit hohem Genuss, Spaß und Unterhaltung – unter Aufrechterhaltung der Gesundheit. Offenbar passt dieser Konsumententyp gut zu den Vermarktungsinteressen der Bio-Food- und Tourismusbranche. Insofern ist zweifelhaft, ob es sich bei diesem Trend tatsächlich um nachhaltig konsumierende Menschen handelt. Auf der einen Seite sind Gesundheit und Nachhaltigkeit als Forderung in den postmodernen Lebensstil eingegangen, auf der anderen Seite haben sie durch die Vermarktung ihre kritische Spitze verloren, so dass sich der postmoderne Lebensstil als blind für alle inhaltlichen Zukunftsfragen und ohne humanistisches Gewissen zeigen könnte. Die postmoderne Persönlichkeit kann eben alles sein, auch „ökologisch orientiert“. Bei der „ökologischen Orientierung“ kann nach Wissen und Handlungskonsequenz unterschieden werden. Das Wissen um die Umweltprobleme und die Naturzerstörung ist im Vergleich zum umweltgerechten Handeln deutlich stärker ausgeprägt. So zeigen sich über 90 % der Menschen in Bezug auf die Umwelt besorgt, aber nur weniger als 5 % kaufen Lebensmittel aus biologischem Anbau. Bei den geäußerten Meinungen und Einstellungen handelt es sich nicht um einen ökologischen Bewusstseinswandel, sondern um den Versuch einer „systemimmanente Schadensbegrenzung“ (Bahro), die in ihrer Funktion auf die Stabilisierung der gegenwärtigen Ökonomie bezogen ist. Im Sinne eines sogenannten Megatrends werden die teilweisen kleinen und überschaubaren Strukturen der ökologischen Landwirtschaft zunehmend großindustriell vereinnahmt und ausgeweitet. Das ist alles andere als ein Prozess, der mit Nachhaltigkeit zu tun hat, denn Ökologie wird hier eindeutig der Ökonomie untergeordnet: die

Strukturen der vorherrschenden Ökonomie verbinden sich mit der großindustriellen Produktion von Bio-Lebensmitteln – teilweise mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland und den dann erfolgenden Importen.

So bleiben auch die an Gesundheit und Nachhaltigkeit orientierten LOHAS Teil der Krise, statt in kritischer Selbstreflexion den eigenen Anteil am Zerstörungsprozess zu erkennen. Auch der den LOHAS entsprechende Lebensstiltyp will auf einer unbewussten Ebene – so könnte man mit Bahro sagen – die Zerstörung, solange er nicht „seine eigenen Interessen, Gewohnheiten, Bequemlichkeit hintansetzt.“

Um das Loblied auf die LOHAS und die mancherorts entstandene Euphorie, in den Lebensstilen geschehe ein durchgreifender Wandel im Sinne der nachhaltigen Entwicklung, zu relativieren, brachte ich zu dem von Gregg bereits in den 1930er Jahren formulierten Lebensstil der „Freiwilligen Einfachheit“ das Akronym LOVOS in die Diskussion, zunächst mit Hilfe eines in der Wikipedia eröffneten Artikels (04.11.2004). Der Artikel wurde zwar einige Monate später aus der Wikipedia herausgenommen, das Akronym verbreitete sich aber dennoch im Sinne der intendierten Kritik an der Lebensstilgruppe der LOHAS. So wurde

das Kürzel in mehreren Artikeln (Süddeutsche Zeitung, DIE ZEIT, Spiegel online) aufgenommen und verbreitet, so dass es in der Folgezeit in vielen Blogbeiträgen und Diskussionen verwendet wurde. Heute wird zu den LOHAS durchwegs als Alternative der LOVOS gesetzt, der dem oben bereits erwähnten „Lifestyle of Voluntary Simplicity“ entspricht. Auch wenn hinter der freiwilligen Einfachheit kein homogener Lebensstil steht, lässt sich als ihr zentrales Merkmal die konsequente postmaterialistische Orientierung benennen, die ein großes gesellschaftliches Potenzial der Kritik des Konsumismus beinhaltet.

Der einfache Lebensstil ist als die Abkehr vom Konsumismus zu interpretieren und bedeutet im Sinne von Brückner und Bauman ein Heraustreten aus dem Lebensführungskonsens der Gesellschaft der Konsumenten mit dem Verlust sozialer Integration. Die Anhänger des einfachen Lebensstils müssen sich dann ihre eigenen integrativen Sozialräume schaffen, in denen sie ihren Lebensführungskonsens neu begründen.

mit freundlicher Genehmigung des CENTAURUS Verlags

Burkhard Bierhoff, **Konsumismus. Kritik einer Lebensform.** Freiburg i.Br. (Centaurus Verlag & Media KG) 2013, 100 Seiten, Preis: 8,80 €, ISBN 978-3-86226-185-7. S. 58-65 (gekürzt).

Hartmut Kegler: Beiträge zur grenzenlosen Verantwortung des Menschen für alles, was lebt

Rezension von Götz Brandt

Es gibt viele Möglichkeiten, wie unser Land lebt vor der zerstörenden Kraft des Profitkapitalismus geschützt werden kann. Ein Weg ist die Eroberung von Gegenmacht und politischer Druck auf die kapitalhörigen Regierungen. Ein anderer Weg ist die Veränderung des Bewusstseins der Menschen. Diesen letzten Weg lotet unser Mitglied Hartmut Kegler in einer 56-seitigen Schrift aus. Er stützt sich dabei vor allem

auf das geistige Erbe von Albert Schweitzer, aber auch auf Äußerungen von Gandhi, Martin Luther King, Vandana Shiva, Al Gore sowie auf andere bekannte Persönlichkeiten. In dieser Broschüre wird für fast alle aktuellen Politikfelder ein moralischer Standpunkt für verantwortungsvolle Menschen erarbeitet: Krieg, Gewalt, Menschenrechte, Naturschutz, Klimawandel, Energie-, Wasser- und Luftversorgung

sowie andere Gebiete. Es werden Hinweise gegeben, wie man sein eigenes Leben die eigenen Anschauungen und Überzeugungen ändern muss, um der Macht des Denkens und der Liebe zum Durchbruch zu verhelfen.

Konsum-Botschaften

Rezension von Götz Brandt

Im Heft 60 der „Tarantel“ wurde über die Tagung vom 23.11.2012 „Konsum und Nachhaltigkeit – Botschaften für Politik und Praxis“ berichtet.

Nunmehr sind die von einem 16-köpfigen Synthese-Team zusammengestellten Botschaften 2013 in einem Buch erschienen: **„Konsum-Botschaften“** mit dem Untertitel: **„Was Forschende für die gesellschaftliche Gestaltung nachhaltigen Konsums empfehlen“**. Von 2008 bis 2014 läuft der vom BMBF geförderte Forschungsschwerpunkt „Nachhaltiger Konsum“ mit 10 thematischen Forschungsverbänden. ForscherInnen aus Hochschulen und Universitäten Deutschlands und der Schweiz beteiligten sich.

Die Forschungsergebnisse sind vor allem methodischer Art. Wie sollten Politiker und die Bevölkerung an das Problem eines nachhaltigen Konsums herangehen und welche Lösungswege sind gangbar. Über diese Lösungswege wurde bereits in der genannten Tagung gestritten und darüber wurde berichtet.

Die Broschüre kann bezogen werden bei: Copy Shop, Sabine Ziemann. 06449 Aschersleben, Hertzstraße 6 oder per E-Mail: sabzi@freenet.de

Die Autoren kommen zwar zur Erkenntnis, dass „nachhaltiger Konsum ohne tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft und ohne das Setzen von Leitplanken für das individuelle Handeln nicht erreichbar sein wird“, geben aber keine konkreten Zielstellungen an und beschränken sich auf die Erforschung der Wege zur Erarbeitung von Nachhaltigkeitszielen.

Bereits 2008, zum Forschungsbeginn, erschien das Buch: **„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“**, eine Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie. In diesem Buch findet man konkrete Ziele einer nachhaltigen Gesellschaft und die erforderlichen Leitplanken für die Verbraucher. Hier findet sich auch der Zeitrahmen für die notwendigen Einschränkungen, die dafür erforderliche Umgestaltung der Wirtschaft und die Aufgaben der Politik. Es wird empfohlen, dieses Buch heranzuziehen, wenn Fragen des Nachhaltigen Konsums geklärt werden sollen.

Impressum

Impressum

Kontakt: **Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE** ; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de **Internet:** www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 15.11.2013

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.2.2014

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ Ökologische Plattform

Autorenangaben

Gilbert Siegler, Wolfgang Huste, Wolfgang Wippler, Götz Brand und Marko Ferst sind Mitglieder der Ökologischen Plattform bzw. ihres Sprecherrates.

PD Dr. phil. Rüdiger Haude ist Privatdozent für Historisch orientierte Kulturwissenschaften am Historischen Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH) .

Andreas Bohne ist freier Journalist und SODI-Projektleiter.

Bildnachweis

Titelbild: „Moseltal“; Autor: Ch. Beck

Diese Kulturlandschaft wird zur Zeit nicht durch Windkraftanlagen, sondern durch einen monumentalen Brückenbau zerstört.

S. 2: „Windrad“, Burgenland, Autor: Rinaldo Wurglitsch (CC BY 2.0)

S. 15: "Kopf in den Sand" aus "Lustige Naturgeschichte oder Zoologia comica"; München: Braun & Schneider

S. 18: „Coffee plantation Da Lagoa close to Santo Antônio do Amparo“, Minas Gerais, Brazil, Autor: Knase, (CC BY 3.0 DE)

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt-oekoplattform@web.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
Mailverteiler (Newsletter):
Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 Chemnitz, ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Umweltausschuss)
Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Sabine Leidig (Verkehrspolitik), Tel.: (030) 227-73769
sabine.leidig@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638,
Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841
3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam 01520 2875749
norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin),
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,
28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1,
20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg,
Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de (ÖPF Hessen)
Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,
19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de
Tel. 9385 5252531
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6,
31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de
Kurt Herzog (MdL, Umwelt), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159
Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster,
Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de
Jörg Bütefür, Spittlerstr. 24, 45144 Essen, joerg.buetefuer@gmx.de (ÖPF NRW, www.oepf-nrw.de)
Michael Aggelidis, MdL, Energie- und Technologiepolitik, michael.aggelidis@landtag.nrw.de
Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Agrar-
politik; hamide.akbayir@landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de
Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Enschedel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken,
dagmar.enschedel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290,
an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig,
Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)
Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de
Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-
von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden,
jana.pinka@st.sachsen.de
Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bern-
hard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@st.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)
Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Dom-
platz 6-9, 39104 Magdeburg, Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Mag-
deburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright, johanna@scheringer.de
Maik Eisfeld
Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues
Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de,
<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Tarantel

Nr. 63

Dezember

IV/2013

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache.....	3
Arbeitsplan der Ökologischen Plattform für 2014.....	3
Beratung mit auf ökologischem Gebiet verantwortlichen Genossinnen und Genossen DER LINKEN am 29.11.2013.....	4
Sitzung des Koordinierungsrates am 30.11.2013.....	5
Energie.....	5
Kritik des Sprecherrates der Ökologischen Plattform bei DER LINKEN am Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD auf dem Gebiet der Energiepolitik.....	5
Anfrage an das Europaparlament wegen rostender Atommüllfässer in den europäischen Meeren und die entsprechende Antwort.	14
Steigende Preise - Notizen zu den Stromkosten der privaten Endverbraucher.....	15
Klimaschutz.....	18
Leserbrief.....	18
In den nächsten Jahren haben wir zwei Kämpfe - um Land und um Saatgut!.....	19
Bücherecke.....	20
Ungebremst in die Vielfachkatastrophe	20
Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus.....	22
Derrick Jensen: „Das Ökomanifest“	25
Vom Konsumismus zur „Freiwilligen Einfachheit“	26
Hartmut Kegler: Beiträge zur grenzenlosen Verantwortung des Menschen für alles, was lebt.....	28
Konsum-Botschaften.....	29
Impressum.....	30
Autorenangaben.....	30
Bildnachweis.....	30
Kontaktadressen.....	31